

# Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.  
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.  
Post-Nr.: 3220.

Herausgeber: B. Große in Hamburg.  
Verantwortlich für die Redaktion, Expedition und den Anzeigentheil:  
H. Stubbe, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Wismarstraße 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30  $\mathcal{A}$ ,  
Bergnügungs-Anzeigen 15  $\mathcal{A}$ , Versammlungs-  
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10  $\mathcal{A}$  pro Petitzeile.  
Beilagen nach Uebereinkunft.

## Kollegen! Werbet unablässig neue Mitglieder für den Verband!

**Inhalt:** Erkenntnis und Eintracht. — Ein kommunistisches Gemeinwesen im 16. und 17. Jahrhundert. — Bericht über die Thätigkeit des Arbeitersekretariats der Stadt Nürnberg pro erstes Semester 1895. — Sozialpolitische Rundschau. — Verbands-Nachrichten. — Zum Verbandstags-Protokoll. — Korrespondenzen. — An die Holzarbeiter Rheinlands und Westfalens. — Zur Konferenz der Holzarbeiter beider Mecklenburg. — Agitationskommission der Provinz Sachsen, Anhalt und Braunschweig. — Eingelände. — Streiks und Lohnbewegung. — Gewerkschaftliches. — Gerichts-Chronik. — Literarisches. — Briefkasten. — Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. — Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen. — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen.

### Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten: Von Parquetbodenlegern nach **Berlin** (Rosenfeld & Co.); von Stuhlpolirern nach **Dresden** (G. Greifenhag'schen Stuhlfabrik); von Stuhlmachern nach **Wannheim** (H. Feisenbecker); von Tischlern nach **Konstanz**, **Frauenthal** (Möbelfabrik Verberer), **Holzwinden** (Werstatt von A. Eichhorn), **Remlingen b. Bremen** (Werstatt von Brandt, Böhling und Seekamp), **Basel** (Möbel-fabrik von Jehle, Businger & Co.); von Kreislägern, Bürstenholzbohrern und Drechslern nach **Freiburg i. B.** (Fabrik Rosenmeier); von Tischlern und Glasern nach **Nürnberg**; von Stellmachern nach **Wismar** (Waggonfabrik); von Tischlern, Stellmachern und Drechslern nach **Peine**.

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle streichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

### Erkenntnis und Eintracht! \*

I.

—t. Die Meinungsverschiedenheit über das Verhältnis der Gewerkschaftsbewegung zur sozialdemokratischen Partei, oder umgekehrt, besteht nicht erst seit heute oder gestern, sondern läßt sich bereits eine ganze Reihe von Jahren zurück verfolgen. Daß sie neuerdings in ausgebehnterem Maße zu Tage tritt, gilt uns als ein erfreuliches Zeichen für die fortschreitende Anerkennung, welche die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung bei den aufgeklärten Parteigenossen findet.

Wir können uns erinnern, daß im letzten Jahre des Sozialistengesetzes, also 1890, ein Parteigenosse, der eine jogenannte Führerrolle bekleidete, in einer Parteiverammlung über dieselbe Frage einen Vortrag hielt, dessen Konsequenz in dem ernstgemeinten Ausspruch gipfelte, „die Gewerkschaftsbewegung sei ein notwendiges Uebel!“ — Die Gewerkschaftsbewegung sei ein Uebel, sagte der Redner, weil in ihr der Rastengeist gepflegt, durch dieselbe die eigentliche (politische) Arbeiterbewegung geschwächt, verflacht, ja von der richtigen Bahn abgelenkt werde. Deswegen also sei sie ein Uebel, ein notwendiges jedoch, weil durch die Fachvereine mit größerer Leichtigkeit Rekruten für unsere Bewegung — für die Sozialdemokratie — zu gewinnen seien.

Der Redner erkannte die gewerkschaftlichen Organisationen also nur als die jogenannte „Vorhülle“ für die Partei an, von welcher auch heute noch so gern

\* Der größere Theil vorstehender Abhandlung ist bereits vor zirka Jahresfrist — gerade während der Tagung des Röhler Parteitag — von dem Verfasser im Gefängnis geschrieben. Ihre Veröffentlichung dürfte jedoch auch heute noch wohl am Platze sein.

und theilweise in demselben Sinne gesprochen wird; im Uebrigen, meinte er, wäre es besser, sie würden garnicht existiren. Und diese Meinung war unter den Mitgliedern der Parteiorganisation die maßgebende, in wenigen Fällen nur gehörten diese Genossen dem Fachverein ihres Berufes an, sie waren „darüber längst hinaus“. Derjenige, welcher „noch“ Mitglied im Fachverein war, galt als zurückgeblieben, als weniger geistig vorgeschritten, als Derjenige, welcher diesen Standpunkt längst „hinter sich“ hatte.

Dies ist eine Thatsache, und wenn sie auch kein besonders günstiges Licht auf die damalige Zeit wirft, so wäre es doch thöricht, sie deswegen etwa verschweigen zu wollen.

Wir hatten des Besteren — damals und noch früher, in den achtziger Jahren — Gelegenheit, mit den tüchtigsten Sozialdemokraten, d. h. Parteimitgliedern, über diesen Gegenstand zu diskutieren, auch in vielen Versammlungen und kleineren Zusammenkünften wurde die Frage wiederholt zur Sprache gebracht, jedoch wie verschieden war die damalige Behandlung derselben von der heutigen. Nur eine äußerst geringe Anzahl Parteigenossen stellte sich auf den Standpunkt, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht nur kein Uebel für die Parteibewegung, sondern von Vortheil für sie sei, und noch Wenigere erkannten es als Pflicht der Parteigenossen an, die Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen.

Seither hat sich das Verhältnis in dieser Beziehung sehr zu Gunsten der Gewerkschaften geändert. Seit dem Pariser internationalen Arbeiterkongreß, auf dem sich auch Bebel klar und entschieden für die Gewerkschaftsbewegung erklärt hatte — während so lange von demselben behauptet wurde, daß er Gegner derselben wäre — haben sämtliche Kongresse der Partei nicht nur die Nothwendigkeit der Gewerkschaften anerkannt, sondern auch für die Parteigenossen die Pflicht ausgesprochen, dieselben nach Kräften zu unterstützen. Diese Kongreßbeschlüsse haben sicherlich bedeutend gewirkt, denn thatsächlich ist es heute nur noch eine kleine Anzahl von Parteimitgliedern, welche nicht auch als Angehörige ihrer gewerkschaftlichen Organisation ihre Schuldigkeit thun.

Summehin stehen aber noch viele Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine den Gewerkschaften fern und erklären sich, wenn sie zur Rede gestellt werden, auch heute noch als Gegner derselben. Sie berufen sich als Grund ihrer Ueberzeugung auf hier und da in einzelnen Parteiblättern erscheinende Meinungsäußerungen, welche mehr oder weniger offen den Werth der Gewerkschaftsbewegung in Zweifel stellen. Diese Thatsache an sich allein wäre unerheblich, wenn nicht so viele indifferente Arbeiter sich an diesen Genossen ein Beispiel nehmen und, gestützt auf deren Erklärungen, nun ebenfalls „aus positiven Gründen“ den Gewerkschaften fernbleiben würden, was umsomehr der Fall ist, wenn die angeführte Meinung von Genossen geäußert und vertreten wird — wie es leider vielfach der Fall ist —, welche irgend eine leitende oder Vertrauensstelle in der Partei inne haben.

Wir sind nicht im Zweifel darüber, daß für den Rückgang des Mitgliederbestandes der Gewerkschaften in den letzten Jahren in der gleichen Thatsache ein gewichtiger, wenn auch natürlich nicht der alleinige, Grund zu finden ist. Während der Dauer der wirtschaftlichen Krisis sind viele laue Mitglieder aus den Organisationen ausgeschieden, weil ihnen die weitere Tragung der geforderten Opfer an Beiträgen u. mehr

als bisher schwer geworden war. Bei den Auseinandersetzungen mit den Arbeitskollegen in den Werkstätten u. geben diese Genossen nun aber nicht den wahren Grund als Entschuldigung für ihr Fernbleiben an, sondern sie berufen sich stets auf die Erklärung, daß die Gewerkschaften heute keine Bedeutung, oder doch nicht mehr die Bedeutung wie früher haben sollen. Und daher rührt in der Hauptsache der Meinungsstreit, der also gewissermaßen künstlich erzeugt und vielfach von der Presse in übertriebenem Maße fortgesetzt und vergrößert wurde. Denn es bestand und besteht auch heute keine Ursache, bei jeder Gelegenheit die in den Gewerkschaften organisirten Arbeiter vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen. In den deutschen gewerkschaftlichen Organisationen kann der Gedanke von der „allein selig machenden“ Gewerkschaftsidee, der Glaube, daß durch die Gewerkschaftsbewegung allein die Lage der Arbeiterklasse dauernd zu bessern sei, niemals Boden gewinnen. Dafür sollte allein die Thatsache Beweis genug sein, daß alle Leiter unserer gewerkschaftlichen Verbände auch im politischen Kampfe mit im Vordertreffen stehen.

Bei Betrachtung des scheinbaren oder thatsächlichen Gegensatzes zwischen Partei und Gewerkschaften muß dann aber auseinander gehalten werden, daß man hier unter „Partei“ nicht nur die eingeschriebenen Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine, sondern die zehn- und hundertfach größere Zahl der sozialdemokratischen Arbeiter überhaupt versteht. In diesem Sinne ist es nur aufzufassen, wenn z. B. verlangt worden ist, daß die Parteipresse Propaganda für die Gewerkschaften machen soll; nicht unter den organisirten Parteigenossen — denn diese gehören zum größten Theil den Gewerkschaften bereits an —, wohl aber unter den Lesern, den Arbeitern überhaupt. Es giebt doch unbestritten noch viele Tausende sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter, die trotzdem die Nothwendigkeit der Organisation — der politischen wie der gewerkschaftlichen — noch nicht erkannt haben. Diese schließen sich den sozialdemokratischen Vereinen nicht an, weil sie darin keine zwin-gende Nothwendigkeit sehen, theilweise auch aus Eifersüchtligkeiten nicht, und den Gewerkschaften treten sie nicht bei, weil sie deren Bedeutung nicht anerkennen, eines-theils infolge ihrer Unaufgeklärtheit, oder nicht anerkennen wollen, weil sie gerade infolge der Aussagen einzelner Parteigenossen — deren Stimme dann stets für sie etwas gilt — für überflüssig oder gar für schädlich erklären. Daß diese Auslassungen Einzelner von den lauen Elementen mit Begierde aufgegriffen und zähe festgehalten werden, ist eine unbestreitbare Erfahrungsthatsache, namentlich wenn es sich darum handelt, Opfer zu bringen, wie sie die Beteiligung an der gewerkschaftlichen Organisation nun einmal unbedingt erfordert.

Es unterliegt also gar keinem Zweifel, daß die leitenden Kreise in der Partei, in allererster Linie aber die Parteipresse, der Aufklärung der indifferenter Arbeiterklasse über die Bedeutung der Arbeiterorganisation — als welche zunächst die gewerkschaftliche in Betracht kommt — wesentliche Dienste leisten können. Und das Verlangen, daß dies geschieht, ist ein vollständig berechtigtes, umsomehr, als ja die Partei selber den meisten, im weiteren Sinne den ganzen Nutzen davon hat. Denn es ist zweifellos, wenn bei dieser Aufklärung, bei dieser andauernden Aufmunterung zum Zusammenschluß in den Organisationen, von der allein richtigen Auffassung der modernen Arbeiterbewegung, deren Seele die Prinzipien des Sozialismus sind,



ausgegangen wird, daß jedes auf diese Weise für die Gewerkschaften gewonnene Mitglied auch mit dem Beitritt zu seiner Organisation schon mehr als die Hälfte des Weges zurückgelegt hat, Sozialdemokrat zu werden.

Dem ist nicht die Quintessenz aller mündlichen Vorträge über die Nothwendigkeit der Organisation, durch welche die einzelnen Gewerkschaften seit Jahren und von Anfang an neue Mitglieder zu werben trachten und tatsächlich ihre Anhängerschaft immer vermehrt haben, an ihrem letzten Ende auch das sozialdemokratische Prinzip? Athmen nicht alle Artikel der verschiedenen gewerkschaftlichen Fachzeitungen mehr oder weniger reinen, unverfälschten Sozialismus? In diesem Sinne ist es also richtig, wenn man die Gewerkschaftsbewegung als eine Vorstufe für die Partei bezeichnet.

Aber damit ist der Werth der gewerkschaftlichen Organisationen keineswegs schon erschöpft. Gegenüber verschiedenen Präparationen vor dem Kölner Parteitag und auch einzelner Redner auf dem Parteitag selbst, erscheint es uns nothwendig, die Frage nach dem Werth der gewerkschaftlichen Organisation einmal wieder öffentlich vor allen Genossen zu behandeln. Diese Äußerungen und Reden beweisen zur Genüge, wie groß die Meinungsdivergenz bezüglich der Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland immer noch ist, trotz aller Beschlüsse der Parteikonferenz. Bebel hat mit seiner Erklärung auf dem Kölner Parteitag, daß in dem Maße, wie die kapitalistische Gesellschaft sich entwickele, der Gewerkschaftsbewegung ein Lebensfaden nach dem anderen zer schnitten werde dem Werth derselben in der heutigen Zeit des Kapitalismus keine sonderliche Anerkennung gezollt. Und wenn auch ebendasselbe von verschiedenen Rednern zu wiederholten Malen geäußert wurde, es gebe keinen Sozialdemokraten, der die Gewerkschaftsbewegung nicht für wichtig halte, so haben diese Redner eben übersehen, daß gerade bei der Debatte in Köln noch weitere Genossen den Werth der Gewerkschaften nur in sehr beschränktem Sinne zugeesehen wollten.

So sprach u. A. ein Redner davon, die Gewerkschaftsbewegung führe zur Verflüchtung der politischen; ein weiterer stellte sich auf den Standpunkt Bebel's, daß es in dem Maße mit den Gewerkschaften zurückgehen würde, wie das Großkapital sich entwickele. Ein dritter sagte, in der Offensive würden die Gewerkschaften wohl künftig nicht mehr viel erreichen, nur der Defensiv wegen seien sie noch wichtig. Genosse Kollenbühr trat einseitig der Meinung Bebel's entgegen, erklärte aber vorher, er sehe in den Gewerkschaften keine Vorstufe für die Sozialdemokratie, und die Gewerkschaften seien „hoch keine Anstaltsgewerkschaften!“

In diesen Urtheilen wollen wir zum Schluß noch eines hinzufügen, daß ein süddeutsches größeres Parteiblatt kurz vor dem Kölner Parteitag fällt, indem es den Unterschied zwischen gewerkschaftlicher Organisation und Partei dahin präzisirte, in der Gewerkschaft kämpfen die Arbeiter ohne Waffen, währenddem sie im Parlament (also als politische Partei) mit Waffen kämpfen, mit den Waffen der Gesetzgebung. — Mit einem „Kampf ohne Waffen“, wie die Gewerkschaftsbewegung in diesen Worten genannt ist, bezeichnet man im gewöhnlichen Sinne einen ansichtslosen, zwecklosen Kampf, und kein nur wenig oder garnicht überzeugter Arbeiter wird den angezogenen Anspruch anders aufgefaßt haben, als die Gewerkschaftsbewegung sei solch ein ansichtsloser Kampf, für welchen es sich daher nicht verlohne, irgend welche Opfer zu bringen.

Diese wenigen Ausführungen mögen genügen, um zu zeigen, daß in der That selbst unter den besten Sozialdemokraten über den Werth der gewerkschaftlichen Organisation keine einheitliche Meinung herrscht.

### Ein kommunistisches Genie in 16. und 17. Jahrhundert.

Von F. H.

Der es heutzutage unternimmt, aus einem der vornehmsten lebendigen Geschichtswerte über die eine oder die andere wichtige Seite der deutschen Reformation sich nähere Aufklärung zu verschaffen, der begegnet manchen recht empfindlichen Mangel. Wohl wird das Anstreben getadelt, die religiösen Kämpfe desselben, recht eingehend geschildert, aber von den politischen und vor Allem den sozialen Bewegungen jener gewaltigen Zeit, in der Deutschland den größten seiner kulturhistorischen Kämpfe auskämpfte, ist wenig oder nichts zu finden. Und doch sind es gerade die sozialen Kämpfe und Bewegungen jener Tage, die da weit mehr Interesse verdienen, als die religiösen Kämpfe, denn diese sozialen Erhebungen revolutionirten das ganze deutsche Volkleben jener Tage.

In der Reformationszeit, wie überhaupt beim Aufstehen einer jeden neuen Lehre, die sich an die Grundgedanken des kommunistischen Urchristenthums anlehnte, waren es die Armen und Unterdrückten, die sich der

neuen Lehre zuwandten, von ihr Besserung ihrer elenden Lage erwartend. Die schlechte wirthschaftliche Lage muß ja naturgemäß die Menschen für neue Lehren empfänglich machen. Deshalb war diesen aus dem elend lebenden Volke erstandenen Anhängern der Reformation auch nicht mit kirchlichen Aenderungen gebient, sondern sie versuchten die sich aus der Lehre Luther's, Zwingli's u. A. ergebenden Konsequenzen auf sozialem Gebiete zur Abstellung ihrer elenden Lebenslage anzuwenden.

Das paßte natürlich dem „Manne Gottes“ und seinen Klassengenossen nicht in den Kram, sie hekten ihre fürstlichen Freunde und Gönner, die bei der Reformation für sich ein Geschäft zu machen hofften, die Kurfürsten von Sachsen und andere adelige Herren, gegen das Volk. Die Unterwerfung des Volkes gelang diesen Staats- und Gesellschaftsrettern so gut, daß Deutschland noch drei Jahrhunderte später unter den Folgen der adeligen Raubthiergelüste zu leiden hatte.

Nur eine religiöse Sekte des Mittelalters war im Stande, ihre sozialen Pläne voll auszuführen, ehe die vereinigte Reaktion sie vernichtete: die Wiedertäufer, oder, wie sie später genannt wurden, die Hutterischen Brüder in Mähren.

Es kann nun nicht unsere Aufgabe sein, die Geschichte dieser interessanten Gemeinschaft hier ausführlicher zu beschreiben, dagegen scheint es dem Zwecke dieser Zeilen zu entsprechen, der kommunistischen Einrichtungen dieser Sekte zu gedenken. Es mag daher die Frage über das Entstehen des Anabaptismus bei Seite gelassen und nur kurz bemerkt werden, daß die Sekte der Wiedertäufer in der Schweiz entstanden ist. Hier hatte sich eine Anzahl gebildeter Männer von dem Reformator Zwingli getrennt, die alle Einrichtungen und Dogmen der katholischen Kirche verwarfen und die Einrichtung des Gemeineigentums anstrebten. Aus der Schweiz vertrieben, tauchten sie in Mähren, Tyrol, Ober- und Niederösterreich wieder auf. Mähren war damals das gelobte Land der Toleranz und ist es auch, im Gegensatz zu anderen Ländern, das ganze 16. Jahrhundert geblieben.

Hier fanden sich alle ihres Glaubens wegen Verfolgten zusammen und unter ihnen auch Balthasar Hubmaier, der in Nikolsburg die erste Gemeinde und Hochburg der Wiedertäufer gründete. Bald strömten von allen Seiten Gesinnungsgenossen herzu: Hier wurden von einem Züricher Buchdrucker die wichtigsten Lehrbücher der Wiedertäufer gedruckt, hier wurden ihre Versammlungen gehalten und ihre Streitigkeiten ausgefochten. Hier fanden die Wiedertäufer Schutz, als in Oesterreich die große Verfolgung ausbrach, der auch Hubmaier (1528) zum Opfer fiel. Bald machten sie sich daran, ihre sozialen Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen und ein Leben einzurichten, das dem des kommunistischen Urchristenthums entsprach.

Die Zahl der Wiedertäufer schwoll riesig an, nachdem an die Spitze der Gemeinden im Jahre 1529 Jacob Huter getreten war, ein tyroler Bauer, der es trefflich verstand, die Wiedertäufer zu organisiren und zu leiten. Er war es auch, der den kommunistischen Grundzug auf's Schärfste zur Durchführung brachte und eine Organisation schuf, die sich trotz aller Verfolgungen, denen die Wiedertäufer ständig ausgesetzt waren, doch trefflich bewährte, so daß man die Zahl der mährischen Wiedertäufer auf 80 000 veranschlagt.

Mit Ausnahme weniger adliger Herren, die sich der Gemeinde angeschlossen hatten, bestand diese fast ausschließlich aus Angehörigen der arbeitenden Klasse. Ihre wirthschaftliche Organisation war durchaus kommunistisch. In eigenen, für die Zwecke des Zusammenlebens errichteten großen Häusern — den Haushaben — brachten die Genossen zusammen, was sie an zeitlichen Gütern besaßen: Geld, Leinwand, Betten, Truhen ujm., nur einzelne Gebrauchsgegenstände verblieben den Einzelnen als Sondereigentum. Nicht Alle konnten sich gleich in die neue Lage schicken. Mancher hielt etwas von seinem Besitzthum zurück, wofür er von der Gemeinde hart vernahmt wurde. Schmuck und prächtige Kleider durfte Niemand tragen. Alle Gewalt lag in der Gemeinde, die durch die Aeltesten geleitet wurde und innerhalb der Gemeinde hatte Jeder gleiche Rechte und Pflichten.

Die Anzahl der Schriften, in denen die Wiedertäufer ihre Lehre von der Gemeinschaft behandeln, ist sehr groß, und wurde noch vermehrt durch die vielen Berichtigungschriften, die sie an die Regierungen, von denen sie immerwährend belästigt wurden, gerichtet haben.

Die Lehre von der Gemeinschaft hatte zur Folge, daß die Langgekauften sich auf's Engste aneinander schlossen. War eine genügende Anzahl an einem Orte versammelt, so gründeten sie eine „Haushabe“, d. h. ein großes Haus mit einer Anzahl von Nebengebäuden, in denen schon 300—500 Personen wohnten; in den größeren Haushaben betrug allerdings die Zahl der Bewohner häufig mehr als 2000 Köpfe. In der

Spitze eines Hauses steht der Haushälter. „Er hat alles Volk mit zeitlicher Nothdurft zu versorgen und die Arbeiten anzurichten. Er geht zu den Vorständen der einzelnen Handwerke und sagt an, was zu thun von Nothen ist. Wenn er Grundstücke und bewegliche Güter kauft, darf das nie ohne den Rath der Aeltesten geschehen; dann muß er Alles sorgfältig austragen, verbrieften und verschreiben lassen. Ein Jeder soll, was ihm von der Gemeinde anvertraut ist, als das Theuerste ansehen und als seinen besten Schatz betrachten.“

Die einzelnen Handwerke wurden im Großen betrieben; einzelne waren geradezu verboten. Krämerei und Kaufmannschaft zu treiben, gestatten wir Niemanden, diemeil es ein sündiger Handel ist.“ Ebenso war es mit dem Wirthsgeschäft, ja selbst die Schneiderei und Schmiederei durfte nur mit Einschränkungen ausgeübt werden. Jenem stand das Gebot einfacher Tracht im Wege, bei diesem war es verboten, Waffen anzufertigen. Dagegen stand das Tuchmachergewerbe in außerordentlich hohem Ansehen. Die Tücher der Wiedertäufer waren sehr geschätzt. Natürlich machten den andersgläubigen Handwerkern die Wiedertäufer scharfe Konkurrenz, der jene umsoweniger widerstehen konnten, weil die Herstellungsart bei den Wiedertäufern bedeutend einfacher und billiger war. Die ganze Organisation der Wiedertäufer war derart, daß andere Handwerker mit ihren Produkten garnicht gegen sie aufkommen konnten. Bei den Wiedertäufern ging alles auf Großbetrieb aus, ein Handwerk arbeitete dem anderen in die Hände. Rohmaterialien durften nur von den Genossen genommen werden, sofern sie hier überhaupt zu beschaffen waren. So wurden aus den Schlächtereien die Felle an die Gerbereien geliefert, und nachdem sie hier zubereitet, an die Sattler, Schuhmacher zc. geliefert. Ebenso war das Verhältnis zwischen den Tuchmachern und Schneidern zc.

Da die Waare der Wiedertäufer billig und gut war, so fand sie natürlich auch bei den Nachbarn gute Abnehmer, so daß die anderen Handwerker die Regierung bestürmten, gegen die Wiedertäufer vorzugehen; was denn auch durch eine ganz kolossale Besteuerung geschah.

Das durch den Verkauf der Waaren vereinnahmte Geld wanderte natürlich in die Gemeindefasse der Wiedertäufer. Wie Urkunden beweisen, konnten sich die Mitglieder dieser kommunistischen Gemeinde bedeutend besser ernähren wie die Handwerker und Kleinbauern von heute. Doch nicht nur ihr eigenes Besitzthum bewirthschafteten die Wiedertäufer, sondern sie traten auch nach außen als geschlossene Erwerbsgenossenschaft auf, indem sie mit Vieh, Getreide zc. handelten, Mühlen und Güter in Pacht nahmen usw. Neben den in „Haushaben“ vereinigten Brüdern wohnten auch viele Wiedertäufer einzeln im Lande, die als Gärtner, Wirthschafter, Handwerker auf den Gütern des Adels und in den Städten thätig waren. Man schätzte sie als Arbeiter sehr hoch und es erregte den größten Neid der Nachbarn, daß der Adel des Landes hauptsächlich die Wiedertäufer in seine Dienste nahm; diese empfahlen sich durch u. a. unbedingte Treue und Gewissenhaftigkeit, sowie durch Einhaltung jener strengen Ordnung ihrer Bruderschaft, zu der sie verpflichtet waren. „Jetzt finden wir“, so klagt ein katholischer Pfarrer Fischer, „daß sich Alles mit den Wiedertäufern gemein macht; die Herren essen und trinken mit ihnen, laden sie zu Gast, besuchen ihre (mit Recht hochgerühmten) Bäder, lassen sie — denn sie halten auch sehr geschickte Aerzte — in ihren Krankheiten zu sich kommen, nehmen Arzneien von ihnen und vertrauen ihnen sogar ihre Kinder zur Erziehung an.“

Obgleich die Wiedertäufer das gelehrte Wesen verachteten und die Gelehrten mit großer Geringschätzung behandelten, haben sie gleichwohl ihr Schulwesen schon im 16. Jahrhundert auf eine hohe Stufe gebracht, denn fast alle Wiedertäufer waren des Lesens und Schreibens kundig, was in jener Zeit gewiß viel bedeuten will. In den Schulen der Gemeinschaft tritt der kommunistische Grundzug am Schärfsten hervor. Schon von der Brust der Mutter fort wurden die Kinder in's Schulhaus genommen. Das Schulhaus wurde ihnen zum Vaterhaus; hier fanden sie die nothwendige körperliche und geistige Pflege. Im Schulhause waren Räume für die großen und kleinen Kinder, gemeinsame Schlaf-, Speise- und Arbeitszimmer.

Jede Schule hatte mehrere Schulmeister, eine Schulkümmter, Schulschweftern und Kindsbirnen, deren Obliegenheiten genau festgesetzt waren. Die Schulordnung von 1568 verzeichnet die „nothwendigen Punkte, wie die furchgestellten Brüder und Schwestern sammt ihren Gehülffen in Schulen in Tracht und Pflege der Jugend Ordnung halten sollen.“ In dieser Ordnung findet man Grundsätze, die wir leider in unseren Schulen der Neuzeit vermissen, die aber geeignet wären, von unseren



Pädagogen recht eingehend studirt zu werden. Es ist genau angeordnet, wie man mit kranken Kindern umgehen müsse, wer und wie man ihren Schlaf überwachen solle, zu welchen Weiten die Mädchen und Knaben anzuleiten seien usw. „In der Zucht der Kinder bedarf es großen Aufmerksams und eines rechten Unterschieds: das eine läßt sich mit Freundlichkeit ziehen, das andere wird durch Gabel gewonnen, ein drittes erfordert strengere Zucht.“ „Den Kleinen, die zum ersten Mal zur Schule kommen, soll man die Köpfe nicht zu brechen versuchen.“ „Kein Schulmeister soll mit Widerwillen an die Arbeit gehen: es wäre kein Segen dabei und die armen Kinder müßten es entgelten.“

Einmal im Jahre wurden die ledigen Brüder und Schwestern zusammengeführt; diejenigen Schwestern, welche die Wahl der ledigen Männer traf, waren Frau. Die Kinder gehörten der Gemeinde. Die Wiedertäufer kannten keine Obrigkeit und leisteten auch keine Kriegsdienste, doch zahlten sie die außerordentlich hohe Landessteuer.

War es nach diesem ganzen Leben der Gemeinde ein Wunder, daß die Zahl ihrer Anhänger sich ständig vermehrte? Jeder, der arbeiten wollte und sich zu ihrem Glauben bekannte, wurde aufgenommen, und da das ganze Leben der Wiedertäufer, ihre strenge Rechtfertigung dem Volke zusagten, so gewannen sie zahlreiche Anhänger. Selbst die Gegner verkündeten ihren Ruhm.

Ende des sechzehnten Jahrhunderts trat schon in den glücklichen Verhältnissen der Wiedertäufer ein Umschwung ein. Die Steuern wurden immer unerträglicher und die durchziehenden Kriegsschaaren verwüsteten nicht selten ihre „Hausgaben“. Dennoch wurde ihre Zahl auf 70 000 angegeben.

Am 17. September 1622 trat das Edikt in Kraft, das ihnen den Aufenthalt in Mähren verbot; sie mußten binnen vier Wochen das Land räumen, und wo dies nicht geschah, ließ Kaiser Ferdinand II. sie durch seine Söldnerschaaren in der brutalsten Form von Haus und Hof jagen. Viele siedelten sich in Ungarn an, wo sie bis in die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts ihr gewohntes Leben, allerdings in beschränkter Zahl, führten; dann aber ging ihre Gemeinde zu Grunde. Das geschah aber nicht, weil sich ihre Organisation nicht bewährte, im Gegenteil, sie bestand vorzüglich. Die Ursache ihres Unterganges lag in dem geduldrigen Ertragen aller ihnen zugefügten Grausamkeiten.

Die Wiedertäufer in Mähren beachteten nicht, daß das Leben ein Kampf ist und ließen sich ruhig ausbeuten und schinden. Geduldriges Leiden war der Grundzug ihrer religiösen Lehren und Jacob Huter betont in seinem Sendschreiben an den Landeshauptmann von Kratzstedt, diesem in ergreifender Weise die Leiden der Verfolgten schildern: „Ehe wir unseren Feinden einen Strich mit der Hand gaben, eher ließen wir uns das Leben nehmen.“ Kein Bruder durfte Waffen tragen oder nur einen Prozeß führen. Das war natürlich den Gewalthabern sehr angenehm. Sie konnten über die Wiedertäufer herfallen, ihnen ihr Besitzthum rauben, sie tödten, ohne daß sie dabei irgend etwas zu befürchten hatten, denn die Gemeindeglieder ließen Alles willenlos geschehen. So kam es denn, daß ihre Frauen geschändet, ihre Hausgaben geplündert und niedergebrannt, sie selbst mißhandelt und getödtet wurden. Hätten sie sich nur ein einziges Mal mit den Waffen in der Hand erhoben und wären ihren Feinden entgegengetreten, diese hätten den gut organisierten, im Besitze reicher materieller Mittel befindlichen Wiedertäufern nicht Stand halten können.

Ihre religiösen Anschauungen wurden den Wiedertäufern zum Verderben. Wenn die Kenntniß der mittelalterlichen Zeit des Bauernkrieges und der Reformation für die deutschen Arbeiter von Wichtigkeit ist, so ist es in noch weit höherem Maße die Geschichte der Huterischen Brüder in Mähren. Sie zeigt uns, daß kommunistische Gemeinwesen, selbst wenn sie noch so gut eingerichtet und organisiert sind, doch nicht bestehen können inmitten einer Gesellschaft, die auf individualistischer Grundlage ruht, das Lebensjaden solcher Gemeinden muß aber um so kürzer sein, je mehr sie ihre wirtschaftlichen Interessen mit religiösen Dogmenglauben vermischt.

**Bericht über die Thätigkeit des Arbeiterssekretariats der Stadt Nürnberg pro erstes Semester 1895.**

Im Nachstehenden bringen wir einen Auszug aus dem ersten Thätigkeitsbericht, welchen das Sekretariat vor einigen Tagen veröffentlichte, wir sehr lehrreiche Einblicke in die wirkliche Ausführung des Arbeiterversicherungs-Gesetzes gestattet. Das Sekretariat wurde eröffnet am 1. November 1894. Schon in den ersten zwei Monaten war die Frequenz eine sehr starke, jedenfalls viel größer, als von den Gründern des Unternehmens vorausgesehen wurde. In den Monaten November und Dezember 1894 haben 914 Personen das Sekretariat besucht, mithin pro Monat 457. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres steigerte sich die Frequenz auf 3292 Personen, durchschnittlich pro Monat 548 Personen.

Von den vorgebrachten Gegenständen wurden 2885 durch mündliche Auskunft definitiv erledigt, 508 Personen und 617 Fälle wurden an Anwälte, Gerichte und Behörden verwiesen und 399 Objekte blieben beim Sekretariat anhängig. Von den anhängig gebliebenen Fällen wurden bis jetzt vermuthlich 179 erledigt. Sicher läßt sich die Zahl der durch Vermittelung des Sekretariats erledigten Fälle nicht bezeichnen, da die Beobachtung gemacht wird, daß manche Parteien, wenn ihre Streitfrage in letzter Instanz entschieden ist, es nicht der Mühe werth finden, dem Sekretariat Mittheilung zu machen.

Das Bureau hatte sich mit 546 Unfallsachen, 382 Arbeitsdifferenzen aller Art, 100 Krankenfällen und 91 Invaliditäts- Altersversicherungen zu beschäftigen. Ein gutes Drittel aller vorgebrachten Gegenstände entfällt demnach auf Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz, bezw. Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Hier von wieder betrifft nahezu die Hälfte der Differenzen Unfälle. Laut Altemausweis sind zur Zeit beim Sekretariat 118 Unfallsachen anhängig. Eine Durchsicht der Akten würde Jedermann überzeugen, daß die Verletzten nicht aus Frivolität mit den Berufsgenossenschaften streiten. Bei manchen Berufsgenossenschaften scheint es Gewohnheit zu sein, jeden Rentenanspruch vor die höchste Instanz zu bringen. Viele Ärzte fördern diese Verschleppung durch Gutachten, die den Unwillen der Verletzten hervorgerufen müssen. Daß für die Beurtheilung der Arbeitsfähigkeit der Verletzten ausschließlich das ärztliche Gutachten maßgebend ist, muß im Interesse der Versicherten sehr beklagt werden. Bei aller Achtung vor der Wissenschaft des Arztes, und dessen Objektivität als selbstverständlich vorausgesetzt, muß doch angenommen werden, daß der Arzt bei Logirung der Erwerbsfähigkeit Verletzter häufig irrt. Daß ist sehr leicht erklärlich. Der Arzt vermag wohl festzustellen, ob eine Wunde gut geheilt ist, wie weit aber der Verlust eines Körperteils die Berufstätigkeit des Verletzten beschränkt, wird er in den wenigsten Fällen zutreffend entscheiden können, umsoweniger, als ein und dieselbe Verletzung, je nach der Berufstätigkeit des Beschädigten, die Arbeitstätigkeit in sehr verschiedenem Grade beschränken kann. Wiederholt wurde der Versuch gemacht, in Fällen, wo das Arztgutachten nicht zutreffend erschien, der ärztlichen Ansicht durch Gutachten von Fachmännern Schranken zu ziehen. Es wurden über die Arbeitsbeschränkung Verletzter Gutachten von deren früheren Unternehmern, in einem Fall von der Vorstandschaft der Innung, dem Arztgutachten gegenübergestellt und durch die Gutachten dieser Fachmänner der Beweis geliefert, daß die Ärzte die Arbeitsbeschränkung der Verletzten viel zu niedrig taxirt hatten. Auf die Rentengewährung war das von gar keinem Einfluß, weil die maßgebenden Faktoren ihren Entscheidungen lediglich die Arztgutachten zu Grunde legen. Am mißlichsten gestalten sich die Verhältnisse für Versicherungspflichtige, welche Bruchschäden davontragen. Ihnen verweigern die Berufsgenossenschaften, gestützt auf ärztliche Gutachten, konsequent jede Rente.

Ausgangsweise wird ein Gutachten des Professors Jeller in Stuttgart citirt, in welchem es heißt: „Ob die Entstehung eines Bruches als ein Betriebsunfall im Sinne des Gesetzes zu betrachten ist, läßt sich dahin beantworten, daß die plötzliche Entstehung eines Bruches nach den Gesetzen der Mechanik nicht vorkommt. Es handelt sich vielmehr in allen Fällen, in denen scheinbar ganz gesunde Menschen bei einer Anstrengung plötzlich einen Bruch bekommen, immer um eine angeborene Anlage zur Bruchbildung.“ Es braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden, daß derartige Gutachten von Autoritäten, wie Professor Jeller, geeignet sind, die Brüche aus der Kategorie der Betriebsunfälle gänzlich auszuschließen. Berechtigte Klagen werden von den Verletzten auch erhoben über Verweigerung der Krankheitsbescheinigung nach beendigtem Heilverfahren. Mit dem Tage, an welchem dem Verletzten der Verband abgenommen wird, wird ihm von manchen Ärzten die weitere Krankheitsbescheinigung verweigert, obwohl die verletzten Glieder häufig noch so empfindlich sind, daß unmöglich damit gearbeitet werden kann. Der Arzt lehnt es dennoch ab, die Arbeitsunfähigkeit zu bescheinigen, weil das Heilverfahren abgeschlossen ist.“ Erwähnt werden noch gewisse Heilanstalten der Berufsgenossenschaften, denen die Aufgabe zugewiesen ist, durch mechanische Einwirkungen bei Unfällen die Erwerbsfähigkeit zu erhöhen oder die Folgen von Betriebsunfällen gänzlich zu beseitigen. Die Verletzten werden solchen Heilanstalten größtentheils gegen ihren Willen überwiesen und zwar mitunter, obwohl der behandelnde Arzt von vornherein die Aussichtslosigkeit der angeordneten Heilversuche attestirt. Gut mögen es die Verletzten in manchen dieser „Heilanstalten“ nicht haben, die Patienten bezeichnen dieselben nicht selten als „Folterkammern“ und „Büchthäuser“. In Nürnberg befindet sich ein dergleichen Institut Schonhöfersstraße 5, welches zur Zeit mit 16 Verletzten belegt ist, während 4 Verletzte außerhalb der Anstalt wohnen, aber täglich einige Stunden „Übungen“ machen müssen. Die besten Gesetze können durch die Art der Ausführung ihren Zweck verfehlen, bei der vielfach beliebten Ausführung des Unfallversicherungsgesetzes besteht diese Gefahr in hohem Grade.

Ueber Lohn- und Arbeitsdifferenzen hatte das Sekretariat sich mit 382 Fällen zu beschäftigen. Zum größten Theil handelte es sich um Entlassung von Arbeitern ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist, ungenügende Beschäftigung bei Affordarbeit, Lohnminderhaltungen usw. Der größte Theil dieser Fälle erledigte sich durch mündliche Auskunft; viele Unternehmern verständigten sich mit ihren Arbeitern, nachdem ihnen klar gemacht wurde, daß im Falle der Klageerhebung Verurtheilung erfolgen müsse. 41 Fälle mußten beim Gewerbegericht anhängig gemacht werden, welche bis auf sieben zu Gunsten der Arbeiter entschieden wurden.

Gegenstand häufiger Differenzen waren die Arbeitszeugnisse für erwachsene Arbeiter. Das Papier ist nicht selten mit Fingerringen, sogenannten Wasserzeichen, versehen, außerdem haben manche Betriebsleiter die Gewohnheit, die Arbeitszeugnisse mit Strichen, Punkten, ihre Namen mit Schnitten usw. zu verzieren. Alles Merkmale, die von den Arbeitern als „Fälschung“ angesehen werden. Nicht immer wird dieser Verdacht begründet sein, da auch andere Zeugnisse vernichtet werden, die von den Arbeitern erhalten sind, erscheint diese Manipulation der Unternehmern sehr bedenklich. Wenn die Einstellung von Arbeitern von dem Besitz eines Zeugnisses abhängig gemacht wird, so sollte dieses Abgangszeugnis, an welches in diesen Fällen die Erlaubnis der Arbeiter gebunden ist, wenigstens parteilos sein. Wäre die Unternehmung, wie sehr sie sich selbst mit solchen Manipulationen schaden, sie würden andrängende Arbeiter in solch inhumaner Weise nicht belächeln.

Die Lohnbewegung, welche in diesem Frühjahr eine ziemlich lebhafte war, veranlaßte das Sekretariat, umfassende Erhebungen über die Gewerkschaftsorganisation am Orte zu pflegen, womit zugleich eine Enquete über Ursachen und Verlauf der Arbeitsverhältnisse der jüngsten Zeit verbunden werden soll.

Der Verkehr mit dem Fabrikinspektor hat sich nicht so lebhaft gestaltet, wie man hätte erwarten können. Von den 18 Beschwerden, welche dem Gewerbeaufsichtsbeamten übermittelt wurden, erkannte der Fabrikinspektor sieben für begründet an, in fünf Fällen waren die erhobenen Klagen zum Theil berechtigt, in drei Fällen unbegründet und drei Fälle waren Ende Juni noch nicht entschieden.

Bezüglich der Invaliditäts- und Altersversicherung bemerkt der Bericht, daß die sich Rath Solenden zum größten Theil von den Landbezirken kommen. Aus dem hierdurch erwachsenen Verkehr mit den städtischen Gemeindeverwaltungen wurde die Ueberzeugung gewonnen, daß in Bezug auf dieses Gesetz noch große Unklarheit herrscht und viele Personen, welche zum Rentenbezug gesetzlich berechtigt wären, keine Rente erhalten, weil sie über die Verhältnisse nicht informiert sind. Dieses dürfte in vielen Städten auch nicht besser ausfallen, wozu aber viel die unklare Fassung des Gesetzes mit beiträgt.

Außer diesen Fällen hatte das Sekretariat sich noch mit 152 Sachen zu beschäftigen, welche mit dem Zweck des Instituts nichts zu thun haben, woraus sich eine erhebliche Ausdehnung des Arbeitsplanes ergibt. Der Bericht bemerkt denn auch zum Schluß, daß die Geschäfte sich von Monat zu Monat vermehren und wenn dieses in bisheriger Weise forgeht, so dürfte die Anstellung eines ständigen Hilfsarbeiters nicht mehr lange hinausgeschoben werden.

Mit der vermehrten Inanspruchnahme am Orte wächst das Interesse für diese Einrichtung außerhalb Nürnbergs. Nach vielen Orten wurden Statuten, Geschäftsberichte und Gutachten verlangt. Sozialpolitiker von Beruf und Parlamentarier haben Besuche gemacht und sich sehr anerkennend über die Organisation ausgesprochen. In drei Großstädten Deutschlands berathen z. B. die Arbeiter über Einrichtung ähnlicher Institutionen. In einer rheinischen Stadt hat sich ein Comité aus Philanthropen und Sozialpolitikern gebildet und sich ausführliches Gutachten über die Nürnberger Institution erbeten. Der Verkehr mit den Behörden ist ein durchaus befriedigender. Armenverwaltungen, Richter, Beamte bedienen sich in verschiedenen Fällen des Sekretariats und verweisen selbst Parteien an dasselbe. Schon in der kurzen Zeit seines Bestandes hat sich das Nürnberger Arbeiterssekretariat derart eingelebt, daß man den Verlust dieser Institution in den weitesten Kreisen schwer empfinden würde.

**Sozialpolitische Rundschau.**

Die internationale Konferenz der sozialdemokratischen Fraktionen gesetzgebender Körper wird, wie der „Vorwärts“ mittheilt, in diesem Jahre noch nicht stattfinden. In Brüssel, wo der Plan gefaßt wurde, versammelt man es leider — wie schon im vorigen Jahre —, die verschiedenen Fraktionen rechtzeitig zu benachrichtigen. Die französische Fraktion erhielt erst vor etwa drei Wochen, und zwar durch mündlichen Auftrag, eine Einladung. Und da die deutschen Abgeordneten, denen die Einladung noch später zugeht, nicht schnell genug einen Fraktionsbeschuß herbeiführen konnten — die Konferenz sollte schon Mitte dieses Monats in Brüssel zusammentreten —, verzichteten auch die französischen Kollegen auf die Beschickung einer Konferenz, die ohne die Anwesenheit der deutschen ihren Zweck nur sehr unvollständig hätte erfüllen können. Die belgischen Genossen, von denen der Gedanke ausging, werden künftig die Einladungen früher ergehen lassen müssen. Uebrigens wird der nächstjährige internationale Arbeiterkongreß in London die beste Gelegenheit zur Abhaltung einer solchen Konferenz oder zur künftigen Regelung der Sache darbieten.

In Sachen der „Raiffeiszeitung“ ist jetzt nach drei Monaten endlich auch in Braunschweig ein definitiver Entschluß gefaßt. Das dortige Landgericht hat nämlich die Eröffnung des Strafverfahrens gegen den Vertrauensmann Stegmann abgelehnt. Nach dem Antrage der Staatsanwaltschaft sollte Genosse Stegmann durch Verurteilung von 175 Exemplaren der „Raiffeiszeitung“ auf das Land gegen § 180 des R.-Str.-G.-B. (Ausreizung u.) verurtheilt werden. — Nachdem das Berliner Gericht schon vor Monaten die Konfiskation aufgehoben, weil es in der Zeitung nichts Strafbares entdecken konnte, hat man in Braunschweig drei Monate gebraucht, um zu dem gleichen Erkenntniß zu gelangen.

Gemeinderathswahlen. In Egelsbach (Hessen) siegten die drei sozialdemokratischen Kandidaten mit doppelt soviel Stimmen, als die Gegner bekamen. Zwei Parteigenossen sitzen bereits im Gemeinderath. Da dieser acht Mitglieder zählt, so haben wir mit den drei neugewonnenen Mandaten jetzt die Mehrheit im Egelsbacher Gemeinderath. — In dem holländischen Dorfe Göttingen siegte ein Sozialdemokrat. Unser zweiter Kandidat blieb nur mit drei Stimmen in der Minderheit. — In Sägerdorf in Schleswig-Holstein wurden in der 3. Klasse die Arbeiterkandidaten Böge und Schlegel mit 162 und 121 Stimmen gewählt. Die drei gewerkschaftlichen Kandidaten bekamen nur 2, 6 und 23 Stimmen. — In Trebur (Hessen) erhielt der sozialdemokratische Kandidat 269 Stimmen, während der antisemitische Gegner mit 65 Stimmeln nehmte. Im Ganzen sind bis jetzt die Gemeindevahlen für unsere Partei von einem Erfolg gezeuget, der der Thätigkeit unserer Parteigenossen ein vortreffliches Zeugniß ausstellt.

Eine vertrauliche Innungskonferenz, welche von der Regierung nach Berlin herufen wurde, hat ihre Beratungen am Dienstag voriger Woche über die Regierungsvorlage, betr. die Organisation des Handwerks, beendet.

Die Regierungsvorlage basirte auf dem Prinzip der Zwangsinnung, und die Konferenz hat sich diesem Prinzip angegeschlossen unter Befürwortung einer Erweiterung desselben. Nach der Regierungsvorlage sollen alle dreizehnen Handwerker der Innung zwangsweise beitreten, welche Gesellen und Lehrlinge beschäftigen; die Konferenz hat diese Bestimmung dahin erweitert, daß auch der Großbetrieb, der handwerklich abhängig beschäftigte Gesellen beschäftigt, nach Maßgabe der Zahl dieser Gesellen Beiträge leisten soll zu den Unkosten, welche den Innungen aus Werkstätten für Gesellen und Lehrlinge erwachsen. Der Vertreter des Reichsamts des Innern, Gef. Rath Bülckner, hat sich mit dieser Erweiterung einverstanden erklärt. Inzwischen



der Jnangung sollen somit nur bleiben diejenigen kleinen Handwerker, welche ihr Handwerk allein betreiben, sowie die Großindustrie für diejenigen ihrer Arbeiter, die sie selbst für ihre Zwecke herangebildet hat, bzw. für die unausgebildeten Arbeiter.

Heilen Unterzahlstellen mit besonderen Aufsichtsräten errichtet werden, welche Letztere die Kreditwürdigkeit der Mitglieder ermitteln sollen.

Staatshilfe für das Handwerk.

In der Wochenschrift "Sozialreform" verlangte der Goldschmiedemeister Fischer die Abkürzung der Verjährungsfristen und schrieb dazu: Die jetzt zu Recht bestehende zweijährige ist eine viel zu lange Verjährung, und die Gewerbe der Schuhmacher und Schneider leiden unter diesem Mißstände.

Der reaktionäre Charakter der Jnangungsmenschen

und ihre vom engherzigen Egoismus eingegebenen Absichten kamen recht deutlich zum Ausdruck auf der Hauptversammlung des sächsischen Jnangungsverbandes, welche am 22. v. M. in Meissen in Anwesenheit von Mitgliedern königlicher, städtischer und kirchlicher Behörden stattfand.

Die Generalratswahlen in Frankreich, welche am 28. Juli stattfanden,

haben der sozialistischen Arbeiterpartei nicht die erwartete Zahl der Mandate gebracht. Im Ganzen waren 1443 Wahlen zu treffen. Im ersten Wahlgang sind bereits 1305 Kandidaten gewählt worden.

Die Wahlen zum Unterhaus in England, welche jetzt beendet sind,

haben den Liberalen eine große Niederlage gebracht. Ueber das Wahlergebnis ist folgende Zusammenfassung von Interesse: Großbritannien entbehrt 567, Irland 103 Abgeordnete im Unterhaus; unter den großbritannischen Abgeordneten sind 390 unionistische, 323 konservative und 67 liberal-demokratische, ferner 177 separatistische, 176 Liberale und 1 Antiparner.

Verbands-Nachrichten.

Stuttgart, den 3. August 1895.

Die Zahl der Klopffarbeiter in Schmöln, welche seither als sogenannte Opfer des Streiks noch zu unterstützen waren, verringert sich von Woche zu Woche und beträgt gegenwärtig noch 14, d. h. 12 verheiratete Kollege und 2 Arbeiterinnen.

Schon vor einigen Wochen brachten wir ein Beispiel von den polizeilichen Bedrückungen, welche unsere Zahlstelle in Gardelegen zu erdulden hat. Am 1. August hatte der Bevollmächtigte, Kollege Schmidt, sich wieder vor dem Landgericht Stendal zu verantworten, weil er sich durch Nichtanmeldung der Vorstandsmitglieder strafbar gemacht haben sollte.

Das der Verband durch die Reiseunterstützung oft und viel unrechtmäßigerweise ausgebeutet wird, darüber besteht längst kein Zweifel mehr. Durch verschiedene im Laufe der Jahre eingeführte einschneidende Vorschriften soll dieser Ausbeutung möglichst entgegengewirkt werden, wobei gewiß bebauert werden muß, daß unter derartigen Vorschriften oftmals auch jedes andere reisende Mitglied zu leiden hat.

Zum Verbandstags-Protokoll.

Nachdem schon in Nummer 25 der "Holzarbeiter-Zeitung" von der Zahlstelle Goslar Mißbilligung über die angeblich einseitige Fassung des Protokolls ausgesprochen wurde, enthält nun die Nummer 31 eine von den Berliner Kollegen angenommene Resolution, welche den gleichen Vorwurf erhebt.

Als letzte der Vorlagen wurde der Konferenz eine solche, betreffend die Handwerkerkammern, unterbreitet. Die Vorlage ist zunächst einer Kommission überwiesen, welche bereits geotagt hat. Die Regierung kommt in dieser Vorlage den Wünschen der Handwerker entgegen.

Die stattgehabte Konferenz soll alle Beteiligten befriedigt haben und auch diesbezügliche befriedigende Erklärungen sollen seitens der Vertreter des Reichsamts des Innern und des preussischen Handels- und Gewerbe-

Danach scheint es ja, als ob die Regierung den Bestrebungen der Jnangungs- und Jnangungsmenschen so weit entgegenkommen ist, wie man es bisher kaum für möglich gehalten hätte. Die Grundlage der zukünftigen Organisation des Handwerks ist durch die Zwangsinnung, ja es wurde von den Regierungsvertretern als möglich hingestellt, daß die Regierung später auch noch den Forderungen auf Befähigungsnachweis nachgeben werde.

Die Berliner "Volls-Btg." bemerkt zu den Beschlüssen der Jnangungskonferenz:

Die organisierte Zwangsinnung mit ihren besonderen Befugnissen, welche die Regelung aller Handwerksverhältnisse in Schwacht bekommen soll, schließt also von vornherein einen großen Teil der Handwerker aus von jeder aktiven Teilnahme. Die positive Abweisung will man freilich nicht nur diesen gütigst gestatten, sondern auch den Fabrikbetriebern mit handwerksmäßig ausgebildeten Gesellen, das heißt die Aufhebelnahme an den Kosten der Jnangung für die Wohlthätigkeitsanstalten, natürlich ohne daß ihnen auch nur die geringste Mitbestimmung an der Art dieser Einrichtungen gewährt wird.

Bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung des Reichstages ist es keineswegs anzunehmen, daß die Jnangungsinnungen in die Reichsverwaltung eingegriffen werden. Da man das Handwerk durch diese Mittel nicht retten kann, liegt es aber im Interesse des gesamten Volkes, daß gegen die Einführung der durch diese Jnangungen zu erwartenden unerhörten Erhöhrungen und Plackereien im wirtschaftlichen Leben energig mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verfahren.

Einige Mitglieder berühren nachträglich, daß über die Befähigung eine Besondere Kommission aufgestellt werden soll, welche nach seiner Zusammenlegung veröffentlicht werden soll. Die Befähigung dieser Jnangung ist allerdings abgemauert.

Stiller Kredit für das Handwerk ist bekanntlich notwendig sowohl von den Jnangungsmenschen, wie auch von der Regierung als Kontrolle anzusehen werden, um das Handwerk zu retten. Zu diesem Zweck ist in letzter Session des Reichstages ein Gesetz beschlossen worden, eine Zentralkasse für Handwerkerkassen zu schaffen, die mit den einzelnen Gewerkschaften verbunden sein soll, und nach und nach die Gründung besonderer Kreditvereine auch schon mit Handlung betreiben. Es wird jetzt die Gründung einer Berliner Zentral-Handwerker-Gewerkschaft von dem Berliner Jnangungsverbande vorbereitet. Die Gewerkschaft soll der Handwerker Gelegenheit zum Erwerb geben und ihnen billigen Kredit eröffnen. Die Gewerkschaft wird sich zu diesem Zweck der Jnangungsstellen als Lebensgemeinschaften zusammenschließen; aus Staatshilfe soll das nötige Geld zu 3 pZt. zur Beschaffung gestellt werden, zu 4 pZt. soll die Gewerkschaft das Geld selbst beschaffen, das 1 pZt. Gewinn soll vornehmlich zur Gründung des Handwerkes dienen. Der Gewinn soll durch Ausgabe von Aktien im Betrage von 50 M. A. 1, 2, 3 oder 5 angesetzt werden, die Sparrenten will man durch besondere Noten abgeben lassen. Die Organisation der Gewerkschaft ist so gedacht, daß in allen Städte-



wurde mit Zustimmung des Berichterstatters, Kollege Jacobs, von mir geführt, weil diesem in Erfurt nicht mehr möglich war, die Sitzung selbst vorzunehmen.

Einen weiteren Umstand, der allerdings dieses Mal auch nur in demselben Maße wie früher in Betracht kommt, aber von sehr großem Einflusse auf die Abfassung des Protokolls ist, bitte ich bei Beurtheilung des vorliegenden Protokolls wohl zu beachten, vielleicht daß die Sache dann Manchem in anderem Lichte erscheint.

Auf dem Kongreß in Mainz im Jahre 1883 wurde bezüglich des Protokolls der Antrag gestellt, „die Protokolle sollen unter Anführung der Namen der Redner möglichst ausführlich abgefaßt werden;“ es wurde aber die Ausführung der Namen abgelehnt, und ein weiterer Antrag von demselben Antragsteller, „das Protokoll kurz, aber mit Namensnennung abzufassen,“ führte zu dem Beschlusse, daß das Protokoll kurz, aber ohne Namensnennung abgefaßt werden solle.“ Der Offenbacher Verbandstag und nach ihm alle weiteren Verbandstage trafen die Bestimmung: „Die Namen der Redner werden nur im Originalprotokoll genannt.“ Diese Bestimmung der Geschäftsordnung wurde auch vom Erfurter Verbandstag akzeptirt.

Nun ist es aber rein unmöglich, aus einem Originalprotokoll einfach die Namen zu streichen und doch die Ausführungen aller Redner wiedergeben, es müssen vielmehr die gleichartigen Ausführungen mehrerer Redner zusammengezogen werden, wenn das Protokoll überhaupt lesbar, also nicht zu langweilig werden soll.

In einem Protokoll mit Namensnennung kann man die Punkte der Ausführungen des einen Redners wiedergeben, und wenn dann andere Redner sich im gleichen Sinne äußern, was auch auf dem letzten Verbandstag häufig der Fall war, auf die Ausführungen des ersten Redners bei Nennung der weiteren Namen verweisen. Dies ist aber bei einem Protokoll, wo Namensnennung möglichst vermieden werden soll (ganz ist dies überhaupt nicht möglich), ausgeschlossen.

Durch dieses Zusammenziehen der Ausführungen mehrerer Redner zu einem Satz erscheinen nun allerdings die Ausführungen dieser Redner in außergewöhnlichem Maße gekürzt und darf man sich da nicht wundern, wenn sich Redner, die sich vielleicht hervorragend an der Debatte betheiligte haben, zurückgesetzt glauben.

Wer bereits derartige Protokolle ohne Namensnennung abgefaßt hat, ist sich der Schwierigkeit dieser Aufgabe wohl bewußt und haben solche Protokolle auch schon häufig zu beschwerden geführt, was zu vermeiden mir bis jetzt glücklich gelungen ist.

Um Derartiges zu vermeiden, liegen zwei Möglichkeiten vor. Erstens, man nehme die Namen aller Redner mit in's Protokoll auf. Hierdurch würde allerdings das Protokoll wesentlich verlängert. Ob die Befürchtung, welche i. B. zur Streichung der Namen führte, nämlich: daß bei Nennung der Namen die Redner geistig und jeder Delegirte bestrebt sein würde, seinen Namen im Protokoll genannt zu sehen, um bei speziellen Aufträgen bei seinen Mandatgebern gerechtfertigt zu sein, bleibt abzuwarten.

Ein anderer Weg wäre der, daß der Verbandstag einige Schriftführer mit Abfassung des zu druckenden Protokolls beauftragt.

Nur lag es als Leiter der Versammlungen nicht so sehr ob, die Ausführungen der Redner behufs Wiedergabe zu verfolgen, als vielmehr in Bezug auf ihre Sachlichkeit, wogegen bei den Schriftführern das Gegentheil der Fall ist, diese somit im Stande sein müssen, wichtige Ausführungen, selbst wenn dieselben im Originalprotokoll nur kurz angedeutet sind, ausführlicher wiederzugeben.

Noch Eines aber bitte ich die Beschwerdeführer zu beachten. Bei Berlesen der Protokolle auf den Verbandstagen sind die Delegirten für die Annahme derselben maßgebend, diese haben sämmtlich den Verhandlungen angewohnt und genügt für sie eine kurze Andeutung über die Ausführungen der Redner, selbst dann, wenn kaum eine Pointe der Ausführungen angegeben ist. Die Bemerkung z. B., „Kaiser spricht gegen den Antrag“, genügt. Dem Leser, der den Verhandlungen nicht angewohnt hat, genügt dies nicht, weil derselbe die Gründe, welche die Gegnerschaft nachhelfen und kann dies der Schriftführer besser, weil er die Rede auf ihren Inhalt verfolgen muß. Ich habe Originalprotokolle von 4-5stündigen Verhandlungen, welche fast nur solche Bemerkungen enthalten. Auch der letzte Verbandstag weiß Nehliches auf; nicht weil der Schriftführer lässig war, sondern wohl deshalb, weil derselbe für selbstverständlich hielt, daß ich als muthmaßlicher Redakteur des Protokolls die nöthigen Einschaltungen mache. So umfaßt das Originalprotokoll über die endgültige Beratung und Beschlußfassung der Statuten und Anträge genau 78 Seiten, also kaum 5/7, Zeilen des gedruckten Protokolls. Was würden wohl die Leser und speziell die Mitglieder sagen, wenn hier nur der Schriftführer und nicht auch der Redakteur des Protokolls zu Gehör käme.

Uebrigens wird das Originalprotokoll, wie dies seither schon der Fall war, zum nächsten Verbandstag gebracht und unterwerfe ich mich gern dem Urtheil derselben, ob das gedruckte Protokoll meinerseits einseitig tendenziös abgefaßt worden ist oder nicht. **E. Klotz.**

**Korrespondenzen.**

(Die Schriftführer der Bahnhallen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

**Oldesloe.** Hier sowie auswärts dürfte jedem Kollegen und Genossen bekannt sein, daß über die hiesigen Salonhändler der Boykott verhängt ist, weil dieselben ihre Sälle nicht zu gewerkschaftlichen und politischen Versammlungen hergeben. Nun wird stets gesagt, die Arbeiter sind selbst schuld, weil sie die Wirthe, welche früher nur ihr Lokal zur Versammlung hergaben, nicht genügend frequentiren und deshalb die Wirthe mit uns machen konnten, was ihnen befiel. Dieses wissen wir für den größten Theil der Arbeiter; entschieden zurückweisen, weil die Wirthe gerade von diesen, am meisten unterstützt wurden. Leider sind es aber die organisirten Holzarbeiter, welche nicht genügend die Rechnung beachten, welche Lokale zu meiden sind. So hatte der Verein „Frohmann“, am 18. Juni beim Schmied Schmalzfeld Ball, und obgleich den Tag vorher es jedem schriftlich und mündlich bekannt gemacht wurde, an dem Vergnügen nicht theilzunehmen, so haben die Kollegen G. Bartels, A. Schöndt und J. Wagner und Andere dieses nicht beachtet, sondern dieselben geritten noch mehrere Gesellen mit herein,

damit bloß dem Gastwirth Schmalzfeld sein Salon voll würde. Uns scheint es, als wenn diese Kollegen nur als Leisegänger dienen, und es ist wohl die Frage angebracht, ob es Diejenigen sind, welche keiner Organisation angehören, oder ob es die organisirten Arbeiter sind, welche dazu beitragen, daß wir kein Lokal zu Versammlungen zur Verfügung haben. Wir wollen hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen, daß alle Kollegen ohne Ausnahme für die Zukunft die Lokale meiden, wo der Wirthe uns die Thüren verschließt, wenn wir unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse besprechen wollen. Darum, Kollegen, werft die Gleichgültigkeit von Euch, folgt Euren Kollegen und Genossen, die Euch zu jeder Zeit zur Seite stehen. Denn nur wenn wir Alle zusammen halten, wird es uns wieder möglich sein, ein Versammlungslokal zu bekommen. Einigkeit führt zum Ziel.

**Neumünster.** Die letzte Mitgliederversammlung war, wie gewöhnlich, sehr schwach besucht; denn von den circa 90 Mitgliedern waren kaum einige 20 anwesend, sodaß es für einen Uneingeweihten fast den Anschein haben könnte, als ob die hiesigen Kollegen auf Rosen gebettet wären und es nicht nöthig hätten, wie die Kollegen anderer Orte, für ihre Existenz zu kämpfen. Sehen wir uns jedoch die Lage etwas genauer an, so finden wir, daß die hiesigen Verhältnisse sehr viel zu wünschen übrig lassen, wozu die hohen Lebensmittelpreise hier am Orte und die hohen Steuerabgaben ihr Möglichstes mit zu beitragen. Vornehmlich sind es die Mübelschäfer, worauf wir unser Hauptaugenmerk richten müssen, damit das vor einigen Jahren erkämpfte und in einzelnen Werkstätten das Errungene wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gefährdet, sondern hochgehalten wird. Dies kann jedoch nur geschehen, wenn Alle, Mann für Mann, kräftig für den Verband eintreten, wozu wir moralisch verpflichtet sind, und nicht durch Abwesenheit in den Versammlungen glänzen. Denn es ist nicht genug, daß wir bloß dem Namen nach oder der öffentlichen Meinung halber dem Verbandsangehörigen. Nein, Kollegen, mit Herz und Hand muß ein Jeder in den Reihen derer stehen, welche sich das hohe Ziel gesetzt haben, bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen. Deshalb rufen wir Euch zu: Besucht unsere Mitgliederversammlungen besser und helft mit dazu beitragen, dieselben so interessant und lehrreich wie nur möglich zu gestalten, um das Obige zu verwirklichen, und allen anderen Bomp, welcher Euch daran hindert, bei Seite zu lassen! Auch wollen wir Denjenigen, welche den Versammlungsbeschlüsse freitwilliger Beiträge so wenig respektiren, in's Gedächtniß zurückrufen, daß es wohl freiwillige Beiträge sind, jedoch durch den Beschluß zum moralischen Zwang für jeden Einzelnen geworden ist, seinen Verpflichtungen hierin nachzukommen, denn die Beschlüsse müssen wir respektiren, sie sind uns Gesetz. Namentlich diejenigen Kollegen, welche in der Versammlung so energisch für eine Lokal-Unterstützung eintreten, fehlen gänzlich in der Liste der freiwilligen Beitragszahler. Es läßt sich allerdings besser aus anderen Sachen bewilligen, als aus der eigenen. Hoffen wir, daß diese wenigen Zeilen mit dazu beitragen werden, die Kollegen aus ihrem schlaftrunkenen Zustande aufzurütteln und zum besseren Versammlungsbesuche anzuregen!

**Güfrow.** Obgleich die Lage der Holzarbeiter hier am Orte eine tief traurige ist und die Kollegen beim letzten Streit gesehen haben, wie rücksichtslos das Unternehmertum mit den Interessen der Arbeiter umgeht, so sollte man glauben, daß alle Kollegen bestrebt wären, für eine Verbesserung der Verhältnisse einzutreten, damit menschenwürdige Zustände geschaffen würden. Aber leider muß man das Gegentheil konstatiren. Es ist eine Laune in den Reihen der Kollegen eingetreten, die jeder Verheerung spottet. Zu der vorletzten Versammlung vom 13. Juli waren nur 13 Kollegen anwesend und war es nicht möglich, einen Delegirten zum Gewerkschaftsstatute zu wählen, weil alle Anwesenden schon einen Posten vertreten; es wurde deshalb dieser Punkt bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Zu der nächsten Versammlung waren aber nur 9 Kollegen erschienen von über 60 Mitgliedern hier am Orte. Holzarbeiter Güfrow, seid eingedenk Eurer Lage und besucht die Versammlungen besser, als es bisher der Fall war und thue ein Jeder seine Pflicht, damit sich unsere Lage nicht noch mehr verschlechtert, sondern verbessert. Bereinzelt sind wir machtlos. Deshalb schließt Euch uns an, Kollegen, die Ihr dem Verbands noch fern steht und tretet mit ein in den Kampf für die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse!

**Altwater i. Schl.** Am 20. Juli fand hier selbst eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, zu welcher Kollege Bergmann aus Breslau das Referat über: „Die Nothlage der Arbeiter, Ziele und Zweck der Organisation,“ übernommen hatte. Der Referent schilderte in eingehender Weise unsere wirtschaftlichen Verhältnisse und legte klar, in welchen traurigen Verhältnissen alle Arbeiter in sämmtlichen Branchen sich befinden. Der Vortrag wurde von allen Theilnehmern mit Beifall aufgenommen. Eine Resolution, laut welcher sich die Mitglieder mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklären und sich verpflichten, mit allen Kräften für die Stärkung des Verbandes einzutreten, da nur durch ein gemeinsames Zusammenwirken unser Ziel erreicht werden könne, wurde einstimmig angenommen. Kollegen! Beherzigt die Worte des Referenten, tretet ein in unsere Organisation! Laßt allen Haß, Haß und persönliche Reibereien fallen und seid bewußt, die Interesslosigkeit der indifferenten Kollegen zu bekämpfen, damit es uns möglich wird, die traurigen Verhältnisse in hiesiger Gegend zu beseitigen.

**Wernigerode.** Die untrüglischen Zustände in dem Geschäft des Herrn S. Kunsch, hier, sind es, durch die wir gezwungen werden, die Spalten unserer Zeitung in Anspruch zu nehmen. Vielleicht hat schon Mancher von dem Geschäft gehört. Die Firma nennt sich unter Anderem: „Gosslöhnererei der Kaiserin, Markt für künstliche Kunst.“ Auch ist Herr K. noch Inhaber der königlich preussischen Staatsmedaille. Wie sehr aber gerade in solchen Geschäften an den Arbeitern und an dem dort fertiggestellten Arbeiter gesundigt wird, kann wieder einmal ein Folgendem bewiesen werden. Dank der Humanität des Herrn Kunsch besteht hier nach der Fabrikordnung eine zehnstündige Arbeitszeit, was jedoch Herr K. nicht hindert, mit verschwindend kleinen Ausnahmen das ganze Jahr hindurch Überstunden machen zu lassen, so daß die Arbeitszeit fast zehn durchschnittlich gesunde Stunden beträgt, zwölf Stunden beträgt. Der Verdienst ist natürlich auch darnach, er schwankt zwischen M. 15 und 20, für hiesige Verhältnisse geradezu jammervoll. Doch damit nicht genug, auch die Behandlung läßt viel zu wünschen übrig, und wehe dem, der es wagen sollte, sich dagegen aufzulehnen, er läßt mit dem Chef in argen Konflikt, vielleicht auch um die Arbeit. So leicht rührt sich auch Krüner. Von den ganzen dort

beschäftigten Tischlern sind vier im Verband und der übrige Theil besteht aus den sogenannten Getreuen, die, wenn man sie an ihre traurige Lage erinnert, immer mächtig ungemüthlich werden. Vielleicht werden sie aber durch diese Zeilen doch einmal zum Denken gebracht und kommen zu der Einsicht, daß nur durch Zusammenhalten ihre Lage gebessert werden kann. Vielleicht fühlt sich Herr Kunsch auch veranlaßt, die Arbeitszeit auf die von ihm in der Fabrikordnung festgesetzten zehn Stunden wieder herabzusetzen und seinen Leuten eine vernünftigeren Behandlung zu Theil werden zu lassen. Zu dem eben-dasselbst ausgebrochenen Bildhauerstreit ist zu berichten, daß die Sperre unentwegt fortbauert.

**Sonneberg.** Der hiesigen Verwaltungsstelle, welche seit 3 Monaten besteht und im Anfang nur 10 Mitglieder zählte, gehören jetzt 24 Mitglieder an von den hier und in nächster Umgebung circa 400 beschäftigten Holzarbeitern (Schmied und dergl. nicht mitgerechnet). Nun sollte man meinen, die hiesigen Verhältnisse seien einigermaßen günstig, weil es die Arbeiter nicht für nöthig halten, sich zu organisiren, aber weit gefehlt. Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 18-14 Stunden und der Lohn wöchentlich M. 12-14. Eine Wohnung für Familie kostet jährlich M. 120-150. Die Behandlung von Seiten des Unternehmertums ist so schroff, daß sich die Feder kräut, hierfür Worte niederzuschreiben. Würden die Arbeiter nur einsehen lernen und sich als Menschen, die doch das vollkommenste Geschöpf der Mutter Erde sind, erkennen, dann wäre mit der übergroßen Gleichgültigkeit und Theilnahmslosigkeit halb gebrochen; aber sich selbst zu erkennen sind sie eben zu dankfaul. Zu den gewöhnlichen Tratschvereinen gehören sie fast alle, denn dort giebt es nichts zu denken, höchstens bei gewissen Anlässen Hoch und Hurrah zu schreien. Selbst für ein Theater und Konzert ist das Interesse verloren. Es werden wohl manche Kollege die Köpfe schütteln und glauben, es sei übertrieben, im Gegentheil. Durch die lange Arbeitszeit sind die Kollegen so abgestumpft, daß sie überhaupt nicht mehr aus ihrer Lethargie herauskommen. Damit nun endlich mit diesen miserablen Zuständen ein Ende gemacht wird, ist es nothwendig, daß Ihr nur Arbeiterorgane lest, die Versammlungen besucht, wo die Arbeitsverhältnisse besprochen werden, und den bestehenden Organisationen beitrete, dann wird Euch der Lohn für Eure Bemühungen gewiß sein. Darum tretet ein in unsere Reihen und kämpft mit uns im Deutschen Holzarbeiter-Verband für Verbesserung unserer Lage.

**Weihen.** Am 20. Juli sprach hier in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung der Kollege Schöpflin aus Berlin über „die gewerkschaftliche und politische Arbeiterorganisation.“ Redner legte in einem längeren Vortrag den Nutzen und Zweck der Organisation klar, wie von Seiten der Unternehmer Alles angedroht würde, um unsere Organisationen zu vernichten und sich die Mühe geben, Jünglingsvereine usw. in's Leben zu rufen, womit sie glauben, unseren Organisationen entgegen arbeiten zu können. Auch bemühe man sich stets, zu beweisen, daß der Arbeiter mit dem „hohen“ Verdienst sehr gut leben könne, wogegen der Unternehmer bei schwerer Arbeit mit dem schmalen Verdienst, welchen die Ausbeutung abwerfe, sich begnügen müsse und nur stets darauf bedacht sei, für das Wohl ihrer Arbeiter zu sorgen. Redner weist in längeren Ausführungen nach, daß diesem nicht so ist, sondern der Lohn, welcher von den Unternehmern bezahlt würde, kaum zum nothdürftigen Leben hinreichte und wir nur durch die Organisation unsere Lage verbessern können. Zum Schluß fordert Redner mit einem warmen Appell alle diejenigen Holzarbeiter auf, welche der Organisation noch nicht angehören, sich derselben anzuschließen und mit uns zu kämpfen für unser Recht und Existenz. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seinen zweistündigen Vortrag. Mögen die Ausführungen von den Holzarbeitern Weihen beherzigt werden, ein Jeder in dem Sinne handeln und dazu beitragen, daß unsere Organisation durch Zuführung neuer Mitglieder gestärkt wird, damit wir eine Macht dem Unternehmertum gegenüber bilden.

**Regensburg.** Am 20. Juli hatten wir in unserer langjährigen Herberge und Vereinslokal, „Gasthaus zum goldenen Anker“, eine öffentliche Holzarbeiterversammlung anberaumt, zu welcher Kollege Dora aus Nürnberg referiren sollte. Bei Einholung der Unterschrift des Wirthes, welche zur Anmeldung nothwendig ist, wurden wir durch die Mittheilung überrascht, daß uns von Seiten des Wirthes unser langjähriges Vereinslokal zur Abhaltung einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung für immerhin verweigert wurde und zwar aus Furcht vor dem Militärverbot, wozu ein Wink von Seiten der Behörde ebenfalls beigetragen haben mag. Auf dieses hin sahen wir uns veranlaßt, eine ordentliche Mitgliederversammlung anzuberäumen, um dem bestellten Referenten die Möglichkeit zu geben, sein zugesagtes Referat in dieser Versammlung zu halten. Derselbe sprach über „Die wirtschaftliche Lage und den Zweck der Organisation“ in anregender und verständlicher Weise. Zum Schluß erstattete er einen kurzen Bericht über die Verhandlungen des letzten Verbandstages und über den Stand des Nürnberger Tischlerstreits. In der darauf folgenden Diskussion wurde hauptsächlich die Frage über Arbeitslohnunterstützung behandelt und wurde allseitig betont, daß dieselbe bei dem jetzigen Stande der Organisation unüberführbar sei und wir vor Allem den Charakter einer reinen Kampforganisation hochhalten haben. Eine diesbezügliche Resolution, welche inzwischen eingereicht worden war, fand einstimmige Annahme. Eine nun am 3. August stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der Frage über die Stellungnahme zu der jüngst vereitelten öffentlichen Holzarbeiterversammlung. Nach langer Debatte wurde mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, unser bisheriges Vereinslokal zu verlassen und dasselbe nach dem „Gasthaus zum Edelweiß“ zu verlegen, in welchem uns zur Abhaltung von Versammlungen und auch anderweitig günstigere Bedingungen gestellt wurden. Die reisenden Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß sich von jetzt an die Herberge und Verkehrslokal im „Gasthaus zum Edelweiß“, nächst dem Dittobad, befinden und eruchen die Kollegen, nur dort zu verkehren.

**Geislingen.** Am 13. Juli machten die Verwaltungsstellen Stuttgart, Göppingen und Ulm einen gemeinsamen Ausflug nach hier, welcher viel zur Agitation in unserem Bezirk beitrug. Kollege Klotz hielt eine kurze Ansprache, welche mit großem Beifall von allen Anwesenden aufgenommen wurde.

**Wemmingen.** Am 30. Juli sprach hier Kollege Klotz, 1. Vorsitzender des Verbandes, in einer öffentlichen Versammlung über das Thema: „Die Bestrebungen der Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit.“ Redner zog recht treffende Vergleiche zwischen den heutigen Arbeiterorganisationen und den früheren Gesellenverbänden. Letztere haben sich schon sehr früh zusammengethan, theils um ihre schon bestehenden Vortheile zu wahren



und andererseits neue zu erstreben. Redner führt weiter aus, daß die Arbeiter früher verhältnismäßig besser gestellt waren als heutzutage und zwar deshalb, weil dem Arbeiter früher sich immerhin noch Gelegenheit geboten hat, einmal selbstständig zu werden, was heute durch die vorgeschrittene Technik rein zur Unmöglichkeit geworden ist, und wenn hier oder da sich noch jemand selbstständig machte, so sei derjenige meist noch schlechter daran als jeder andere Arbeiter, da er unter der gegenwärtigen Schmutzkonkurrenz, welche von den Fabrikanten betrieben werde, niemals bestehen könne. Deshalb sei es notwendig, daß sich jeder Arbeiter einer Organisation anschließe, um auf diese Weise eine bessere Existenz zu erwirken. Besonders mahnt Redner die Verheirateten, sich der Organisation anzuschließen, weil sie es in erster Linie ihren Angehörigen und Nachkommen schuldig seien, für eine Verbesserung ihrer Verhältnisse einzutreten und nicht, wie es gewöhnlich der Fall sei, den jüngeren Kollegen hemmend im Wege zu stehen. Hiermit schloß der Referent seinen 3/4stündigen interessanten und lehrreichen Vortrag unter lautem Beifall der Anwesenden. Eine Diskussion fand nicht statt und schloß hierauf der Vorsitzende die Versammlung. Mögen die Memminger Kollegen die Worte beherzigen und nicht länger zögern, sich der Organisation anzuschließen.

**Reiderich.** Am 2. August tagte hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung zwecks Errichtung einer Zählstelle, welche von circa 60 Personen besucht war. Als Referent war Kollege Krumm anwesend, erschienen, welcher das Thema: „Die Lage der Holzarbeiter am hiesigen Ort“ behandelte. Nachdem dem Referenten das Wort erteilt war, versuchte der Obermeister der hiesigen Zunft, die Versammlung dadurch zu stören, daß er noch einmal die Personalien des Referenten zu hören verlangte, worauf demselben vom Referenten gehörig heimgesucht wurde. Redner legte hierauf den Anwesenden ihre Lage klar und bemerkte, daß das Recht der Vereinigung der Arbeiter nach § 152 der Gewerbeordnung zuerkannt sei. Hierauf geht Redner auf die Bestrebungen der Zünfter ein, welche für sich das Privilegium in Anspruch nehmen, nur allein Lehrlinge halten zu dürfen, um in der Ausübung derselben keine Konkurrenz zu haben. Da es hier Sitte ist, daß Schreinermeister Zimmerarbeiten mitmachen, die Zimmerleute aber einen Lohn von 37-40 M pro Stunde bekommen, dahingegen die Schreiner bei gleichmäßigem Arbeitslohn einen Tagelohn von 2,50-3,50 erhalten, so müsse dieses für jeden Kollegen schon ein Ansporn sein, denselben Lohn zu verlangen, welchen die Zimmerleute für die Arbeit bekommen; so wie es heute liege, machen wir durch die niedrigen Löhne den Zimmerleuten nur Konkurrenz. Redner kam hierauf auf Krupp in Essen zu sprechen, dem seine 74 000 Arbeiter im letzten Jahr einen Reingewinn von über 7 000 000 M eingebracht haben, während seine Arbeiter durchschnittlich nicht über 1 M 900 verdienen. Dieser Mann braucht sich gewiß nicht mit Häring und Kartoffeln zu begnügen. Die Arbeiter sind es, welche ihm sein Erzeugnis verschaffen. Nachdem Redner noch die Errichtung von Herbergen, Arbeitsnachweis, statistische Erhebungen und dergl. besprochen, kam er auf die technische Entwicklung zu sprechen, welche den Kleinmeister unterdrückt. Es ist eine Unterdrückung derjenigen Leute, welche den Kleinmeister gegenüber stehen, welche ihre Lage verbessern wollen. Redner schloß mit den Worten, daß nach dem Winter auch ein Frühling für uns folgen werde. In der hierauf folgenden Diskussion meldeten sich mehrere Kollegen zum Wort, welche im Sinne des Referenten sprachen und anforderten, sich in die bereit liegende Liste einzutragen zu lassen. Es traten sich hierauf 32 Mann anzeichnen. Der Gedanke ist gelegt, hoffen wir, daß er fortbesteht und alle Schritte an ihm abwarten. Der Arbeit gibt es hier noch viel, doch müßte das Geld noch ergiebiger werden. Nachdem bekannt gemacht, daß die nächste Versammlung am Sonntag, den 11. August, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wismahl, Kottbuscher Straße, erfolge, schloß die Versammlung.

**Reiderich.** Nach ziemlich langer Pause fand am 27. Juli hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Redner aus Darmstadt über das Thema: „Die Notwendigkeit der Organisation“ sprach. Redner führte in trefflicher Weise in mehreren Beispielen die traurige Lage der Arbeiter in unserer heutigen kapitalistischen Produktionsweise vor Augen. Es sei zu betonen, daß man die Arbeiter erst auf ihre traurige Lage aufmerksam machen müsse, was nur in der Bekämpfung der Arbeiter zu suchen ist. Um diesen Zustand ändern zu können, wäre es Aufgabe aller Kollegen, sich der Organisation anzuschließen und vor allem die unabhängige Agitation in den Werkstätten zu betreiben, denn nur dann, wenn wir gemeinschaftlich, Schalter an Schalter, kämpfen, können wir bessere Arbeitsbedingungen erlangen. Mit einem warmen Appell, sich dem Holzarbeiterverbande anzuschließen, schloß Redner seine Ausführungen, die mit großem Beifall von der Versammlung angenommen wurden. In der Diskussion wurde über einzelne Werkstätten Klage geführt und dem Vorsitzenden Redner zum Entschluß in den Verband eingeführt. Darauf erfolgte der Schluß, mit dem Wunsch des Vorsitzenden, die Versammlungen besser zu besuchen.

**An die Holzarbeiter Rheinlands und Westfalens!**

Wir teilen den Kollegen hierdurch mit, daß wir bei der Agitationsarbeit durch Rheinland folgende Thesen zur Verfügung stellen und ermahnen sie, bei etwaigen Versammlungen das Gewünschte anzukündigen:

1. Die Forderung im Rheinland.
2. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die Organisation.
3. Die Forderungen in der Lohnkampfung und Gegenwart und die Gewerkschaften.
4. Die Forderung der Gewerkschaften und die moderne Arbeiterbewegung.
5. Hat die gewerkschaftliche Bewegung eine Zukunft?
6. Was lernen wir aus dem Streik?

Wir machen noch bekannt, daß sich der haltigste Bericht durch die Agitationskommission etwas verspätet hat, derselbe wird aber in Kürze erscheinen. Die Zustandlichkeiten werden jedoch dringend ersucht, mit der hältigen Arbeit einzugehen, denn bis jetzt sind noch unserer Auffassung nach vier Berichte eingetroffen. Ebenso wünsche man die weiteren Berichte an weiteren Kämpfer einzubringen. Keine ohne Geld ist keine Agitation auszuführen.

Alle Briefe sind zu richten an Heinrich Burmeister, Eisenfeld, Zwickauerstraße 4. Alle Geldleistungen an Otto Spindler, Große Holzstraße 22.

**Das Agitations-Komittee.**

**Zur Konferenz der Holzarbeiter beider Rheinlande.**

Wünsche Kollegen! Auf unser Mandat schreiben vom 28. Juni d. J. sind nunmehr die Antworten bis auf zwei Orte eingelaufen, was möchte sich möchte für die Abhaltung einer

Konferenz. Es wird dieselbe nunmehr auf Sonntag, den 25. August, und zwar nach Wastrow einberufen, weil dieser Ort am günstigsten erscheint.

Die Tagesordnung würde sein: 1. Bericht der Delegierten über den Stand der Organisation, 2. Agitation und Organisation, 3. Dedung der Kosten, 4. Allgemeine Anträge.

Das Lokal, sowie der Zeitpunkt, werden in der nächsten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ bekannt gegeben.

Also, Kollegen, wählt an allen Orten Delegierte, damit wir etwas Ganzes mit der Konferenz bezwecken.

Mit kollegiallichem Grüß

Die Zählstelle Schwerin.  
J. A.: A. Rudolph, Frey Reuterstr. 62.

**Agitationskommission der Provinz Sachsen, Anhalt und Braunschweig.**

Die Verwaltungen obiger Bezirke werden auf die Vordrungen innerhalb der Kommission aufmerksam gemacht, welche auf Beschluß der letzten Mitgliederversammlung Magdeburgs stattfanden. Gleichzeitig bitten wir die Verwaltungen, welche Bedarf an Referenten haben, uns dieses 2-3 Wochen vorher mitzuteilen, um Unannehmlichkeiten und unnötige Geldkosten zu vermeiden. Ferner bitten wir um Angabe der rednerischen Kräfte in unseren Bezirken, damit wir allen Anforderungen, welche an uns gestellt, gerecht werden können, was leider in letzter Zeit nicht möglich war. Auch bitten wir, uns einen kurzen gedrängten Bericht über den Besuch einer jeden von hier arrangierten Versammlung zukommen zu lassen, da dieselben am Jahresschluß zusammengefaßt dem Hauptvorstand uberhandt werden sollen. Es würde uns auch lieb sein, wenn die Verwaltungen uns darüber Nachricht zukommen ließen, ob das auf der Konferenz beschlossene Flugblatt, welches bis jetzt nicht zur Ausgabe gelangte, vielleicht zum Herbst fertig gestellt werden soll oder ob dies nach Herausgabe des Flugblattes vom Vorstandsvorstand ubersussig ist.

Sämtliche Gesuche um Referenten, sowie sonstige Zuschriften sind an A. Gorgas, Magdeburg, Zapflosberg 5, zu richten. Gelder sind an Aug. Mehl, Bismarckstraße 39, zu senden.

**Eingekandt.**

**An die Holzarbeiter Preuzlands!**

Am 21. Juli hat das Gewerkschaftskartell eine außerordentliche Sitzung abgehalten wegen der Lokalfrage. Der Wirt des „Kaisergartens“ hatte nämlich erklärt, daß, wenn sein Lokal nicht besser von den Genossen besucht würde, er dasselbe fernerhin weder zu Gewerkschafts- noch zu Volksversammlungen und zur Verfügung stellen könnte. Leider mußte das Kartell dem Wirt beipflichten.

Damit der Arbeiterschaft Preuzlands nicht das letzte Lokal im ganzen Wahlkreise Preuzland-Angermünde verloren gehe, richtet das Gewerkschaftskartell an alle Genossen die Bitte, nur im „Kaisergarten“ zu betreten und nicht bei Wirtchen, die uns ihren Saal zur Versammlung nicht geben und uns den Einstul vor die Tür gesetzt haben.

Karl Hennig, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells.

**Streiks und Lohnbewegung.**

**Deutschland. Geringswalde.** In der Strohfabrik von Aug. Ettig sind die Arbeiter mit einer Lohnreduktion von 20 pzt. beglückt worden, worauf sämtliche Arbeiter gelaubigt haben. Der alte Lohnsatz besteht noch bis zum 17. August und ist bis dahin keine Einigkeit erzielt, so werden sämtliche Arbeiter in den Ausstand eintreten. Sollte es zum Ausstand kommen, so bitten wir alle Kollegen, uns kräftig zu unterstützen und den Bezug von Strohbanern, Polirern, Bildhauern und Drechslern streng fernzuhalten.

**Berlin.** In der Pianofortefabrik von Pfaff, Landbergerstraße 109, sind die dort beschäftigten Arbeiter wegen Lohnherabsetzung in den Ausstand getreten. Die Ursachen des Streiks sind, wie aus einem Versammlungsbericht im „Bourgeois“ hervorgeht, die nämlichen, wie bei dem Streik bei Gors & Hellmann. Der neue Werkführer, dem, wie in der Versammlung behauptet wurde, besondere Fähigkeit fehlt, übertrieb den Fabrikanten zu Lohnabhangen, und diesem erschien Zeit und Gelegenheit hierzu günstig. Die Abzüge waren resp. sind ganz bedeutend. Die Arbeiter traten zusammen, arbeiteten unter Verwahrung der verschiedenen Größen der Maniere einen Tarif aus und ließen denselben durch die Werkstatt-Kontrollkommission dem Fabrikanten mitteilen. Der Fabrikant hielt auf die Einflussnahmen seines Werkfuhrers und erklärte, diesen Tarif nicht anzuerkennen, lieber wolle er die Werkstatt 4 Wochen schließen. Nunmehr traten sämtliche acht Arbeiter am 29. Juli in den Streik; 5 davon sind organisiert.

**Am Braunschweig wird der „Kosm. Blg.“** mitgeteilt, daß die Boykottkommission mit dem Braunerwerbsherrn unterhandelt habe, wobei die Kommission die bedingungslose Wahrerhaltung einer Anzahl noch angestrichelter Arbeiter verlangt habe, während der Braunerwerbsherrin beansprucht hätte, daß die Volksversammlung erst die Kommission zu den Verhandlungen mit unbeschränkter Vollmacht anstulte, da im anderen Falle erzwungsmaig die Volksversammlungen die von der Kommission getroffenen Beschlussnahmen wieder umstuen.

**Dresden.** In der Werkstatt des Meisterrichters Schmidt in Dresden 6. Dresden haben sämtliche 5 Mann wegen Lohnherabsetzung die Arbeit niedergelegt. Die organisierten Arbeiter in Dresden haben sich mit den Unabhängigen solidarisch erklärt und bitten, den Kampf noch dort fern zu halten.

**Feine.** Wegen angeblicher Differenzen mit den Arbeitgebern ist der Bezug von Tischlern, Stellmachern und Drechslern eingestellt.

**Hunde.** Die Sperre über die Zigarettenfabrik von Althage und Herbrechtmeier ist aufgehoben, weil sich 8 Streikbrecher in der Fabrik eingeschrieben haben.

**Die Zimmerer Mannheim** beschloen in einer fast beinahe einstimmigen, den Hauptverband zu fordern.

**Hiesburg.** Als das Komitee auf dem Kampffeld zwischen Kapital und Arbeit ist zu berichten, daß eine Anzahl von Streikbrechern mit Neuwahlern aufgetrieben sind. In der letzten Zeit hatten diese traurigen Gesellen die Freiheit, in der

Nacht die Bewohner am Harrisleerweg mit ihrem Schießen im Schlafe zu stören. Auf einer anderen Stelle waren dieselben sogar unmoralisch genug, ihre Schießkunst an jungen Bauern zu erproben. Hier wäre es Pflicht der Polizei, ihres Amtes zu walten, anstatt bei jeder Gelegenheit die streikenden Maurer und Arbeiter in Ausübung ihrer natürlichen Rechte zu stören. Ob die Streikbrecher überhaupt die Erlaubnis haben Waffen zu tragen, konnten wir bis jetzt nicht in Erfahrung bringen.

**Holland.** Ein großer Zigarettenarbeiterstreik ist in Amsterdam ausgebrochen. In einer Zigarettenfabrik war ein Arbeiter entlassen worden, und da der Chef der Firma sich weigerte, ihn wieder anzunehmen, legten sämtliche Arbeiter dieser Fabrik, die zum „Internationalen Zigarettenmacher- und Tabakarbeiterbund“ gehörten, die Arbeit nieder.

**Schweiz.** In Basel, wo 370 Eisenbahnarbeiter in den Streik eingetreten waren und einen durchschnittlichen Tagelohn von 5 Frs., Verkürzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden verlangten, wurde eine 17 prozentige Lohnherabsetzung angeboten, worauf die Arbeiter eingegangen sind.

**Gewerkschaftliches.**

**Aus der Berliner Gewerkschaftsbewegung.** Nach dem halbjährlichen Bericht der Berliner Gewerkschaftskommission (Januar bis Juli) sind gegenwärtig in der Kommission 88 Gewerkschaften mit 96 Delegierten vertreten. Es fanden sechs Versammlungen der Delegierten statt. Durch die in den einzelnen Industrien auf Kosten der Kommission betriebene Agitation durch Gruppenversammlungen ist nur verhältnismäßig geringer Erfolg erzielt worden. Man mit der ungünstig gewählten Zeit (Hochsommer) die Hauptschuld dabei zu. Der größere Teil der Gewerkschaften wünscht jedoch, daß auf dem beschrittenen Wege fortgefahrt werden soll. Zehn Gewerkschaften, Weißgerber, Töpfer, Buchbinder, Schuhmacher, Sattler, Musikinstrumentenmacher, Barbier, Glasarbeiter, Kistenmacher und chirurgische Instrumentenmacher, traten in eine Lohnbewegung in größerem oder kleinerem Maßstabe ein; bei den beiden letztgenannten Berufen ist der Kampf noch nicht beendet. Das von der Kommission unterhaltene Gewerkschaftsbureau ist von 625 Personen, 366 organisierten und 259 unorganisierten, behufs Rathertteilung zc. zc. in Anspruch genommen worden. Die weitere Tätigkeit der besoldeten Beamten betrifft statistische Arbeiten, Kontrolle der Lohnbewegungen zc. Vereinnahmt hat die Kommission durch Dons und durch die bestimmten Beiträge der einzelnen Gewerkschaften M. 6715, mit einem Bestande vom Januar in Höhe von M. 3197 beträgt die Einnahme M. 11 633. Für Streikende sind davon verwendet za. M. 6500, für Agitation M. 530, für das Gewerbegericht M. 240 und für die Bureauverwaltung M. 780. Zusammen M. 9768.

**Der Tischlerstreik in Troppau (Oesterreich)** wurde am 7. Juli nach zehnwochentlicher Dauer vorläufig fr beendet erklärt. Die beiden veroffentlichten Abrechnung über den Streik ergibt eine Einnahme von fl. 2007,74 1/2, und eine Ausgabe von fl. 1970,22.

**Arbeits Einstellungen in Frankreich im Mai 1895.** Das Juniheft des Bulletin des französischen Arbeitsamtes bringt hierüber eine Zusammenstellung, der wir Folgendes entnehmen:

Insgesamt sind im Mai 1. J. 53 Arbeits Einstellungen, die sich auf über 150 Unternehmungen erstrecken, vorgekommen, während im gleichen Monat der Jahre 1894 und 1893 32 bzw. 122 Arbeits Einstellungen festgefunden haben.

Die Zahl der Streikenden beträgt (abgesehen von drei Streiks, für welche keine Angaben vorliegen) 5210; im Mai 1894 betrug ebensobiel die Gesamtzahl der Streikenden, im Mai 1893 zählte man 26 529 Streikende.

Der Mai-Monat des laufenden Jahres nimmt also in Bezug sowohl auf die Zahl der Arbeits Einstellungen als auf die der Streikenden eine Mittelstellung ein zwischen den Mai-Monaten der letzten Jahre. Vergleicht man dagegen die ersten 5 Monate der Jahre 1893, 1894 und 1895, so ergeben sich folgende respektive Zahlen: Arbeits Einstellungen 408, 184 und 170; Streikende 86 753, 27 194 und 21 403. Merkwürdigerweise schließt der offizielle Statistiker aus diesen Zahlen auf eine „verhältnismäßige Besserung der Situation“. In der Abnahme der Streiks spiegelt sich vielmehr die Industrie- und Handelsstodung wieder, welche übrigens offiziell vom Handelsminister schon in seiner Ende Juni in Nantes gehaltenen Rede zugestanden werden mußte.

Die größten Zahlen fallen auf die von der Stodung weniger betroffene Textilindustrie, welche 22 Ausstände mit 1873 beteiligten Arbeitern verzeichnet. Die übrigen Ausstände verteilen sich unter circa zehn verschiedene Industrien.

Was die Ursachen der Streiks betrifft, so hat wiederum, wie in den früheren Monaten und Jahren, der Kampf um den Arbeitslohn die wichtigste Rolle gespielt. Von den 53 Streiks galten dem Lohnkampf nicht weniger als 37 mit über 4000 beteiligten Arbeitern, wobei in fünf Fällen zugleich allerdings am Verkürzung der Arbeitszeit gekämpft wurde. Unter diesen 37 Streiks sind 30 aggressive, eine Lohnherabsetzung bezweckende und 7 defensive, hervorgerufen durch eine Herabsetzung des Lohnes. Der Kampf um eine Verkürzung der Arbeitszeit bildete für sich allein die Ursache von zwei Streiks (430 Streikende); außerdem wurde ein Ausstand durch Verlängerung der Arbeitszeit hervorgerufen. Wegen Personalfragen fanden sechs Streiks statt, und zwar forderten die Arbeiter in vier Fällen die Entlassung des Aufsehers (contremaitre) bzw. eines Ingenieurs, in je einem Falle die Entlassung von zwei (wohl nicht organisierten) Arbeitern und die Entlohnung von ausländischen Arbeitern. Bei den übrigen sieben Streiks handelte es sich um die Arbeits- und Beschaftigungsfrage, um Dons zc.

Der Ausgang der Streiks (mit Einschluß von acht im April begonnenen Streiks) stellt sich folgendermaßen dar: neun Erfolge (darunter sechs in Lohnkämpfen), 20 Ausgleiche und 14 Niederlagen; 18 waren am 1. Juni noch nicht beendet. Von den sechs am Personalfragen geführten Streiks war nur einer erfolgreich, und zwar handelte es sich dabei um Entlassung von ausländischen Arbeitern; in einem zweiten Falle kam ein Ausgleich zu Stande.

Hervorzuheben sind noch einzelne in verschiedenen Beziehungen besonders interessante Ausstände. — In Troppau brach am 3. Mai ein Streik von 25 Tischlern aus, weil ihnen wegen Frierns am 1. Mai eine Kasse ausgesetzt worden war. Der Streik endete mit einer Niederlage, sämtliche Aus-



fändige wurden durch andere Arbeiter ersetzt. — In einer Wollspinnerei von Courcoing (Nord) stellten am 11. Mai 33 Mann die Arbeit ein, indem sie verlangten, beim Wägen des geklebten Gespinnstes durch einen der Ihrigen vertreten zu sein. Nach zwei Tagen wurde die Forderung bewilligt. Am folgenden Tag aber nahm der Unternehmer das Angeklagte zurück. Der Streik begann von Neuem und dauert noch immer fort. — In Champagnac (Cantal) legten am 17. Mai 500 Bergarbeiter die Arbeit nieder, um die Wiedereinstellung von zehn Genossen zu erlangen, die wegen Teilnahme an einem Zivilbegräbnis entlassen worden waren. Die anfänglich ziemlich unparteiische Haltung der Behörden schlug auf einen Wink von oben in das Gegenteil um. Natürlich hat die fromme Bergwerksverwaltung „zum Schutze der Arbeitsfreiheit“ auch bewaffneten Beistand verlangt und erhalten, trotz der durchaus ruhigen Haltung der Streikenden. Der Ausstand dauert noch immer fort. Die wiederholten Versuche der Arbeiter, den Streik durch ein Schiedsgericht zu schlichten, scheiterten an dem Widerstand der Verwaltung, die es offenbar von Anfang an auf die Vernichtung der Gewerkschaft abgesehen hat.

Das Gesetz vom 27. Dezember 1892, betreffend Schiedsgerichte bei Streits, stößt überhaupt auf vielfachen Widerstand seitens der Unternehmer. So sind von dreizehn im Mai gemachten Vermittlungsversuchen sechs an der ablehnenden Haltung der Unternehmer gescheitert, während die Arbeiter in keinem einzigen Falle einen Vermittlungsversuch zurückwiesen, ja in fünf Fällen auf eigene Initiative die Vermittlung des Friedensrichters anriefen. Dem Durchschnitts-Unternehmer fällt es eben schwer, die Arbeiter als eine gleichberechtigte Gegenpartei anzuerkennen. Nun, diese selbstherrlichen Marotten werden hoffentlich mit der Zeit dem kontinentalen Unternehmer ebenso gründlich ausgetrieben werden, wie sie bereits dem englischen Unternehmer ausgetrieben worden sind.

In Kopenhagen sind in den Jahren 1880 bis 1890 für Streitzwecke 700 000 Kronen ausgegeben worden, wovon 220 000 durch die Fachvereine aufgebracht wurden, ein Zeichen, daß in diesem Lande die Fachvereine es zu einem ganz erfreulichen Wachstume gebracht haben, zumal auch der Rest der obengenannten Gesamtsumme fast ausschließlich aus freiwilligen Spenden der Fachvereinsmitglieder herrührt. Als unmittelbare Folge dieser Opferwilligkeit kann bezeichnet werden, daß die Löhne um durchschnittlich 10 pSt. gestiegen sind und die Streiks abgenommen haben: Durch Kampf zum Sieg. Mit der Zunahme der Organisation der Arbeiter an Kraft werden die Streiks seltener, weil die Stärke der Organisation allein schon genügt zur Besserung der Löhne resp. Aufrechterhaltung des Erwerbens und der Festsetzung der sonstigen Arbeitsbedingungen.

**Verkürzter Arbeitstag in England.** Im Jahre 1894 haben rund 70 000 Arbeiter eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit erhalten, ohne daß eine Lohnherabsetzung eingetreten wäre. Die Bewegung für Reduzierung des Arbeitstages schreitet stetig fort. Im April und Mai 1895 ist die tägliche Arbeitszeit für 7200 Arbeiter herabgesetzt und nur für 340 erhöht worden. Es waren lediglich Bauhandwerker, deren Arbeitstag verlängert wurde.

**Gerichts-Chronik.**

Ein für die Gewerbeberichte wichtiges Urtheil wurde vom Reichsgericht gefällt. Kant demselben dürfen Arbeitgeber nur für eine unmittelbare Verabfolgung von Speisen und Getränken an die Arbeiter den Lepteren an Zahlungstagen Lohnabzüge machen, dagegen Forderungen dritter Personen an die Arbeiter, selbst mit Zustimmung derselben, nicht in Gegenrechnung bringen und vom Lohne abziehen.

Das Reichsgericht hat sich dem schon öfter ausgesprochenen Grundsatz angeschlossen, daß Geschenke der Unternehmer an die Arbeiter keine Geschenke sind, sondern im Interesse des Unternehmers als Mittel zum Zwecke verabfolgt werden. Im vorliegenden Falle handelt es sich um Zuwendungen eines Fabrikanten an eine mit den Rechten einer selbstständigen Persönlichkeit ausgestattete Pensions- und Unterstützungskasse für Angestellte der Fabrik. Der Fabrikant, heißt es in der Begründung, hat bei solchen Zuwendungen insofern selbst ein Interesse, als es ihm durch Ausstattung der erwähnten Kasse mit angemessenen Mitteln erleichtert wird, tüchtige (und fügen wir hinzu gefähigste) Arbeitskräfte heranzuziehen und an sich zu fesseln. Und wie bei den Zuwendungen an Hauskassen, so ist es auch bei anderen dergleichen Spenden. Der Arbeiter sollte sich stets darauf beschränken, gute Bezahlung für seine Arbeit zu verlangen, Gelegenheitspenden aber konsequent dankend ablehnen, um sich nicht verbindlich zu machen.

**Zellerksammlungen.** Das Kammergericht als höchster preussischer Gerichtshof für die Landesstrafgesetzbuchung hatte sich am 27. Juni mit der besonders für politische Vereine wichtigen Frage zu beschäftigen, ob die Oberpräsidenten befugt sind, Verordnungen zu erlassen, wonach Zellerksammlungen in öffentlichen Versammlungen ohne Genehmigung der Oberpräsidenten nicht vorgenommen werden dürfen. Der Straßensatz des Kammergerichts wies im Gegensatz zu einer früheren Entscheidung die Revision des betreffenden Angeklagten als unbegründet zurück. Die betreffende Verordnung wurde für gültig erklärt, da sie gemäß der Instruktion für Oberpräsidenten vom 31. Dezember 1893 erlassen sei und ihre rechtliche Grundlage in § 6 d des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und in § 76 der Provinzialordnung finde. Das Versammlungsrecht berühre die Verordnung nicht.

**Der Gerichtsaktus im Konflikt mit dem Gesetz.** Nach klarer, unabweislicher Vorschrift des Krankenversicherungsgesetzes (§ 66) dürfen Unterstüpfungsansprüche der Krankenkassenmitglieder nicht gepfändet werden. Der Taxpater G. hatte einen Anspruch aus dem Krankenversicherungsgesetz gegen die Ortskrankenkasse für das Taxpatergewerbe in Höhe von M. 106,50 erfüllt. Fing er belegte die Gerichtsakte diese M. 106,50 mit Beschlagnahme. G. wendete sich an die richtige Schwelche und erzielte auch im Beschwerbeweg Aufhebung der vom Steuerfällischen Gerichtshof diktierten ungesetzlichen Pfändung. In wie vielen Fällen aber läßt der einfache Staatsbürger denartige ungesetzliche Pfändungen über sich ergehen, weil er meint, eine Behörde müsse das Gesetz kennen und könne gesetzliche Vorschriften nicht verletzen? Wir heben hervor, daß Justizminister, Minister, Staatsräthe und Ansprüche aus dem Krankenversicherungsgesetz ausdrücklich jeglicher Pfändung entgegen sind und daß das Gesetz in dem wiederholt dargelegten Umfange bezüglich des Arbeitslohnens gilt.

**Literarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. W. Diez Verlag) ist soeben das 44. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die idealistische Geschichtsauffassung. Diskussion zwischen Jean Jaurès und Paul Lafargue, gehalten im Quartier Latin in einer öffentlichen, von der Gruppe kollektivistischer Pariser Studenten einberufenen Versammlung. 1. Vortrag von Jean Jaurès. — Unser neuestes Programm. Von Karl Kautsky. — Die Arbeiter und der Wahlkampf in England. Zweiter Brief. Von Eduard Bernstein. — Notizen: Der Programmvorschlag der Agrarkommission. — Feuilleton: Germinie Lacerteux. Von Edmond und Jules de Goncourt. Einzige autorisierte Uebersetzung von Emma Adler. (Fortsetzung.)

Der „Sozialdemokrat“, Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW Deuthstraße 3). Die Nr. 31 vom 1. August hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Zum Agrarprogramm-Entwurf. — Der Liberalismus und die Sozialisten in England. — Joseph Diezgen's literarischer Nachlaß. — Keine Pöhlzieser mehr. — Vermischtes. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Todtenliste. — Literarisches. — Preßstimmen zum Agrarprogramm: Aufnahme der Forderungen in das Programm? Verstaatlichung der Grundschulden. — Öffentliches Grundeigentum und ländliche Produktivgenossenschaften. — Die Aufhebung der Grundsteuer. — Neue Vorschläge.

„Soziale Praxis, Zentralblatt für Sozialpolitik“, (Berlin, Karl Heymann's Verlag) enthält in ihrer neuesten Nr. 45 folgende leitende Aufsätze: Die preussische Kessel- und Gewerbeinspektion im Jahre 1894. Von Dr. jur. M. Quard. — Aus dem Notizentheil heben wir hervor: Preßfehden zwischen Konservativen und Christlich-Sozialen in Deutschland. — Preisausschreiben des Musée social über Gemeinnützigkeit und über Assoziationen. — Kommunale Sozialpolitik: Vorschriften des Nürnberger Magistrats über Verwendung von Kindern in Theatern etc. — Städtliche Wohnungspolitik in Freiburg i. Br. — Ablehnung städtischer Arbeiterwohnungen durch den Stadtrat in Kolmar i. E. — Elektrische Bahnen für Berlin in städtischer Regie. — Kommunalabgabengesetz für Nevers. — Arbeiterbewegung: Französische Streikstatistik für 1894. — Ausgang des Uhrmacherstreiks in Grenchen (Solothurn). — Arbeiterschutz und Gewerbeinspektion: Sonntagsruhe im Barbier- und Friseurgewerbe. — Gesundheitliche Vorschriften für Buchdruckerinnen. — Gesellschaft für frühen Geschäftsabschluss in London. — Gewerbeinspektion und sächsischer Zünungsverband. — Sparkassen: Berufsstatistik der Sparkasseneinleger in Bayern. Von Dr. Fr. Bahn. — Armenpflege: Öffentliche und private Armenpflege in Kolmar i. E. — Chemnitzer Armenstatistik. — Handbuch der Versicherungsrechtsgesetzgebung für die Organe der Hamburgischen Armenpflege. — Erziehung, Schule, Volksbildung: Warteschulen in Kiel. — Mängel der ärztlichen Schulaufsicht in Leipzig. — Eingefandene Schriften: 1. Druckachen von Verwaltungen, Vereinen etc. 2. Bücher und Broschüren.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. S. W. Diez Verlag), ist uns soeben die Nr. 15 des 5. Jahrgangs zugegangen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10  $\mathcal{M}$ , durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1895 unter Nr. 2756) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55  $\mathcal{M}$ ; unter Kreuzband 85  $\mathcal{M}$ . Inzeratenpreis die zweispaltige Petitzeile 20  $\mathcal{M}$ .

**Seite 30, 31, 32, 33 und 34 des Volks-Regikon,** herausgegeben von Emanuel Wurm, Verlag von Wörlein & Co m p., Nürnberg, sind erschienen und enthalten folgende größere Artikel: Doß (Baumworte für Schiffahrtszwecke), Dolbenblättrige (Pflanzenfamilie), Domäne, Drehblättrige (Pflanzenfamilie), Echsen, Saurier (Reptilienordnung), Ecuador (Freistaat in Südamerika), Edelmetalle, Edelsteine, Eingeweide (mit Abbildung), Einigungsämter (gewerbliche Schiedsgerichte), Einkommensteuer (Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hamburg, Oesterreich etc.), Eisen, Eisenbahnen (äußere Geschichte und Entwicklung, Eisenbahnarbeiter und Beamte etc.), Eisenstein, Elektrizität, Enzyklopädie, Energie, Enquete, Entwicklungsgeschichte mit zahlreichen Abbildungen, Erde, Erfindung und Entdeckung (mit Erfinder-Tabelle), Ernährung, Ethik, Ethos, Ethnographie.

Alle 14 Tage erscheint ein Heft. — Das Volks-Regikon kann durch alle Buchhandlungen, Kolportage usw. und auch durch jede Postanstalt bezogen werden. Es ist im deutschen Postzeitungskatalog unter Nr. 7089, im bayerischen Postzeitungskatalog unter Nr. 772 eingetragen.

**Briefkasten.**

\* Wer kann uns eine Firma nennen, welche journalistische Blätter liefert? Wir bitten darum.

**Duderstadt.** Erlaubigen Sie sich zunächst bei der Gerichtsschreiberei des betr. Landgerichts, ob schon in der Sache Lermia Klagegunden hat. Sollte dieses der Fall sein, so müssen Sie innerhalb 14 Tage nach Zustellung des Beschlusses ein Urtheil einbringen. War dem Gerichte Ihr Aufenthalt nicht bekannt, so erfolgt die Zustellung durch eine öffentliche Bekanntmachung und hat das Gericht die Einspruchsfrist im Beschlusse mittheilend oder nachträglich durch besondere Beschlüsse, welcher ohne vorgängige mündliche Verhandlung erlassen werden kann, zu bestimmen. Im Uebrigen bemerken wir noch, daß Sie sich beim Landgericht durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen müssen.

**Norburg, Einzelmitglied.** Rufbaum-Kasse-Sitzgen erhalten Sie bei Schwabe, Herrengraden, Hamburg. — **Löhler** liefert Franz Knapp, Dresden-Striesen, Wittenbergstraße 21. — **Zinpalagen** liefert die Firma Jakob Krenn und Söhne in Berlin. — **Schwarzmetz** läßt sich auf verschiedene Arten herstellen. Das beste Metall dürfte kein, wenn man die Sachen, welche vorher schwarz zu betonen sind, vollständig polirt (d. h. bevor die Porren nicht zupolirt sind, darf kein Öl verwendet werden), läßt dann die Polirur einen Tag stehen und reibt mit geriebenem Bismuth, welcher durch einen leichten Lappen durchgelesen ist, die Flächen ab. Leichtere kommt man davon, wenn man

die gebeizte Fläche abschleift und drei- bis viermal mit schwarzer Polirur überzieht, aber jedes Mal ist die Fläche mit Schmirgelpapier abzuschleifen und das letzte Mal muß mit Firniß abgeschliffen werden. Ferner machen wir noch auf Paul Horn's Matzpräparate aufmerksam, womit die Gegenstände, nachdem sie gebeizt sind, nur eingerieben zu werden brauchen.

**Eilenburg, G. S.** Sektographenmasse erhalten Sie bei L. Behrens Söhne, Hamburg. Wie viel Sie gebrauchen, richtet sich ganz nach der Größe des Sektographen, doch dürften Sie mit einem Kilo auskommen. Das Kilo kostet M. 3.

**Mühlheim a. Ruhr.** Rein. Sie können aber verschiedene Werke durch uns beziehen.

**Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.**

(E. S. 3 in Hamburg.)

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

**Achtung!**

Ein früheres Mitglied, welches sich bald Heinrich Brädel, bald Brädel nennt und einmal Heizer, Maschinenbauer, dann Maschinenwärter oder Dreher sein will, wurde vor etwa einem halben Jahre ausgeschlossen wegen allerlei statutenwidriger Handlungen. Der Genannte bereift hauptsächlich Oldenburg, die Ostnabrücker Gegend (Ostfriesland), sowie die Bremer Gegend, und scheint sich irgendwo wieder als Mitglied haben aufnehmen lassen unter Verschweigung, daß er schon Mitglied war. Die Verwaltungsstellen, in denen Brädel oder Prädell sich melden sollte, werden ersucht, das Mitgliedsbuch an sich zu nehmen; auch warnen wir vor Wiederaufnahme. Jedenfalls wird er zunächst nach Bremen oder Bremerhaven kommen.

Der Vorstand.

J. A.: G. Blume.

**Bekanntmachungen des Hauptkassirers.**

Ueberschüsse sandten ein vom 22. Juli bis 3. August: Berlin G. M. 1400, Altona 1000, Chemnitz 800, Offenbach 800, Berlin E 500, Hamburg I 500, Rannheim 400, Augsburg 400, Hamburg II 400, Berlin C 400, Frankfurt a. M. 400, Kassel 400, Bremen 400, Berlin H 400, Plagwitz 400, Hannover 400, Kiel 400, Dresden A 400, Schwabing 400, Jadenburg 400, Bernburg 370, Hamburg VI 350, Coblenz 350, Gotha 300, Brandenburg 300, Bonn 300, Hamburg IV 300, Schwaan 300, Mühlheim a. Rh. 300, Köln II 300, Altenburg 300, Halle 297, Rowans 250, Magdeburg 250, Joh.-Georgenstadt 250, Rippes 200, Feggenheim 200, Udesloe 200, Erlangen 200, Baugen 200, Görtzig 200, Ronabach 200, Lindenau 200, Erfurt 200, Siegburg 200, Fonnaf 200, Grünwetterbach 200, Duisburg 200, Bismar 200, Striesen 200, Elberfeld 200, Düsseldorf 200, Heidelberg 200, Breslau 180, Friedrichsfelde 175, Janau 150, Mendrich 150, Böhlich-Ehrenberg 150, Offenbach 150, Dessau 150, Schmölln 150, Deuben 150, Gummersdorf 130, Köfritz 125, Ludwigshafen 120, Nieberberg 120, Würzen 120, Weissenheim 107, Eutritzsch 100, Schönfeld 100, Neudenburg 100, Nordhorn 100, Remmingen 100, Pritzwall 100, Feudenberg 100, Förbe 100, Sevelsberg 100, Pantow 100, Golbitz 100, Zeuzern 100, Edelsh 100, Gr.-Zimmern 100, Achim 100, Oppeln 100, Müdigheim 100, Göhr 100, Potzschappel 100, Freiburg i. B. 100, Rathenow 100, Salzgitter 100, Zwickau 100, Dietesheim 100, Bierjen 100, Kottensol 100, Wolfenbüttel 100, Alsbach 100, Dudenheim 100, Wehlheiden 100, Schwezingen 100, Urach 100, Schönan 100, Niederwürschütz 100, Meerane 95, Plauen b. Dr. 90, Brieg 85, Bödingen 80, Rauhheim 80, Walfstadt 80, Göttingen 80, Feuerbach 80, Trotha 80, Draß 70, Blankenburg a. S. 50, Pielchen 50, Altripp 50, Schwartau 50, Wintersdorf 50, Stendal 50, Nichtenhain 50, Böhmed 50, Schleich 50, Niedelbach 44, Siebenlehn 40, Stranbing 31,49, Drohzig 30, Schaafheim 30, Quittelndorf 26,05. Summa M. 26 515,54.

Zufüsse erhielten vom 22. Juli bis 3. August: Bamberg M. 200, Gohlis 200, Neustrelitz 200, Spandau 200, Saan 150, Culmbach 100, Plaut 100, Berden 100, Bredow 100, Eiterhagen 100, Schleißheim 100, Pirna 80, Finthen 60, Jangenberg 50, Kirchdittmold 50, Blankenburg i. Lg. 50, Fußgüntherheim 50, Hohenheim 35. Summa M. 1925.

Krankengeld (inkl. für Arzt und Arznei) wurde von der Hauptkasse bezahlt vom 22. Juli bis 3. August M. 660,55.

A. Guck,

stellvertretender Hauptkassirer.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.**

(E. S. 86, Hamburg.)

Im Juli sandten Ueberschüsse ein: Croffen a. E. M. 100, Offenbach 150, Harburg 100, Hamburg I 150, Berlin A 200, Linden-Hannover 90, Magdeburg 75.

Zufuß erhielt: Köln a. Rh. M. 50, Ren-Jenbury 100. Krankengeld an Einzelmitglieder M. 76,67.

Jul. Raßmann, Hauptkassirer.

**Versammlungs-Anzeiger.**

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pf.)

**Altona.** Am Dienstag, den 13. August, Abends 8 1/2 Uhr, bei Ebler, Nordstraße 37. Tagesordnung: 1. Bericht vom Gewerkschafts-Mitglied, 2. Fragekasten, 3. Bericht des Vorstandes. Die Lokalverwaltung.

**Strausberg.** Am Sonnabend, den 17. August, Abends 8 1/2 Uhr, im „Athenischen Hof“, Lindenstr. 45. **Charlottenburg.** Montag, den 19. August, Abends 8 1/2 Uhr, bei Krause, Wilmardstr. 74.

**Chemnitz.** Am Sonntag, den 11. August, Nachmittags 3 Uhr, im Berlebskotal bei Müller, Prälaterstraße 7. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Baumüller über: „Der Kampf um Arbeiterschutz.“ 2. Kasienbericht. 3. Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission. 4. Bericht des Vorstandes. Im zahlreichem Besuch ersucht. Die Lokalverwaltung.

**Görlitz.** Am Sonnabend, den 17. August, Abends 8 Uhr, im „Belvedere“. Tagesordnung: 1. Vortrag: Der goldene Boden des Handwerks und die Arbeiter. 2. Geschäftsbericht. 3. Aufnahme und Fragekasten.



# Städtische Tischler-Schule, Neustadt i. Meckl.

Zeichner. Werkführer. Meister.

Auskunft kostenlos durch den Direktor.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**Mühlheim a. d. Ruhr.** Den Kollegen zur Kenntnis, daß unser Verkehrslokal und Herberge sich beim Wirth Wilh. Brüdermann, Louisenparken, befindet. Bevollmächtigter Wilh. Porillon, Vereinsstr. 27. Die Reiseunterstützung zahlt der Kassirer A. Kleinfelder, Schreinerstraße 25, Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr aus. Dasselbst auch Arbeitsnachweis. Die Ortsverwaltung.

**Hegenburg.** Die Herberge und Verkehrslokal befinden sich von jetzt ab im „Gasthaus zum Edelweiß“ nächst dem Ottobad. Der Bevollmächtigte G. Herrmann wohnt Kehlerstraße D 102, 2. Etage. Reiseunterstützung wird ansbezahlt bei J. Maunheim, Weißgerbergraben A 52, 1. Stock, Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr.

### Achtung.

Das Mitgliedsbuch des Kollegen A. Wulf, Nr. 21131, ist gestohlen worden. Sollte dasselbe den Ortsbeamten zu Händen kommen, so wolle man es dem Inhaber abnehmen und an den Unterzeichneten einbringen.

C. Dräger, Bevollmächtigter.

Wismar i. M., Neustadt 41.

Das Mitgliedsbuch des Kollegen Johann Boas, Nr. 63741, ist abhanden gekommen. Sollte es den Verwaltungsbeamten zu Gesicht kommen, so bitten wir, dasselbe dem Vorgeiger abzunehmen und an uns einzuliefern.

[60 A] Die Ortsverwaltung Wörmö.

### An die Verwaltungsbeamten.

Der Schreiner O. v. d. Vort, geb. 25. Febr. 1867 zu Wittstock, ist seit dem 20. Juli von hier spurlos verschwunden. Sollte derselbe irgendwo auftauchen, so ersuchen wir, seine Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Willy. Schim, Dörrach, Baden, Riesstr. 1.

### Aufforderung.

Der Tischler Gottl. Reithmeier, geb. am 23. 12. 68 zu Schwab. Hall, Buch-Nr. 45819, wird hiermit angefordert, daß der Bibliothek entnommene Buch „Die Grundzüge der Gesellschaftswissenschaft“ sofort zurück zu erhaltenden Kollegen, welche den Aufenthalt desselben kennen, werden ersucht, nach seiner Adresse mitzutheilen. Derselbe will auch schon als Techniker und Bauarbeiter thätig gewesen sein. Im Uebrigen sei vor denselben gewarnt, weil er hier verschiedene Betrügereien verübt hat, die ihres Gleichen suchen. Die Verwaltungsräte Landshut (Bayern), „Hofmühlhaus“, Schimngasse.

### Aufforderung.

Der Kollege Joh. Weber aus Ludwigshafen, Buch-Nr. 29559, wird hiermit angefordert, daß aus unserer Bibliothek entlehntes Buch sofort an das zurück zu werden. Kollegen, welche seinen Aufenthalt wissen, werden ersucht, da darauf aufmerksam zu machen. Verwaltungsräte Memmingen.

Wer kann mir den Inhalt meines Bruders, Paul Rhein, Tischler, aus Delitz i. Schl., mittheilen? Ich bitte darum.  
Kob. Rhein, Schmiech, Kotta b. Dresden, Friedenstr. 6.

### Zur Beachtung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich jetzt in Pilsdorf b. Wülstert b. Hr. Ernst Gollner, wohne.  
A. Winkel.

Wer kann mir den Inhalt meines jüngeren Kollegen Adolf Latte mittheilen? Ich bitte darum.  
Meinr. Wolf, Tischler, Schwandau, Bismarckstr. 1.

### Wegen Todesfall

Es ist ein gewerblicher Geschäftsmann Bayerns ein altes

### Büstenmacher-Geschäft

mit Schiffsmodell unter günstigen Bedingungen, entweder zu verkaufen oder zu verpachten. Einem jungen hochbegabten Mann bietet sich eine sichere Existenz. Offerten sind zu richten unter A. F. 107 an die Exp. d. Bl.

Wer kauft einen Krümel, möge Krümpchen aus Genuß (Buche, Erle, Farnham) von geschmackvollem handgezeichnetem Holz, wobei es auf große Feinheit, Zierung, Leinwand und andere schöne Bemalung, nach Maßstab, achtungsvoll geachtet werden.

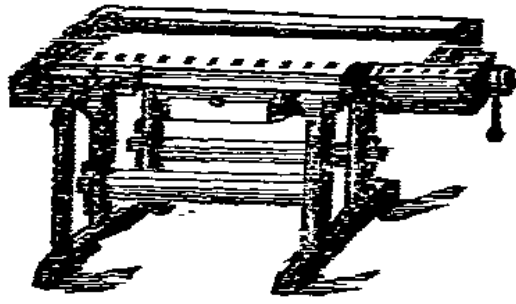
Ewald Glaser, Marktenkircher i. E.

# Paul Horn, Hamburg

## Fabrik chemischer Produkte.

Comptoir: Hamburg, Admiralitätsstrasse No. 23.  
Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Matlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur zum Reinspoliren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen.
- Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“
- Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.



## Hobelbänke

in sauberer, trockener Waare empfiehlt  
mit Schublafen und geschmiedeten Bankhaken,  
Blatt von 3" Holz, 1" untergeleimt,  
cm 155 170 190 200 230  
M 28,- 30,- 33,- 35,- 37,-

### Schraubbocke, Schraubzwingen.

Beste Werkzeugfabrik Siegen, Schlegel.

## Paul Wiesner,

Berath gegen Kasse oder Nachnahme.  
Bei Barzahlung des Betrages 5 pEt. Rabatt.

## Gas- und Petroleum-Motoren

fertigt billiger als jede Konkurrenz  
Motorenfabrik Mühlhausen i. Thür.  
Ad. Seybel.



Gustav Knackstedt,  
Motorenfabrik, Cottbus,  
fertigt vorzüglich einfach gebaute  
Gas- u. Petroleum-Motore  
für alle gewerblichen Zwecke  
zu billigen Preisen.

## Neu! Miether's Patent-Kistenöffner. Neu!

Schlosser, Zeit- und Stützenmacher, aus reichem Erbguth gezeichnet, keine gepöbete Maschinenwaare; die amerikanischen und englischen Kistenöffner an Güte u. Haltbarkeit übertrifft. Kupferring macht sich nach kurzen Gebrauch bezahlt. Zahlreiche Anerkennungsbescheide liegen vor. Preis per Stück M 5,50 inkl. Verpackung. Lyonen u. Wiederverkäufer überall gesucht.  
G. Miether, Hannover D II, Cornwallstr. 6.

## Für Hausfrauen!

Ausnahme aller Wollfächer aller Art gegen Lieferung von Kleider-, Unterrock- und Mantelstoffen, Damentüchern, Buchstuck, Strickwolle, Portieren, Schlaf- und Teppichdecken in den neuesten Mustern, zu billigen Preisen durch R. Eichmann, Ballenstedt a. Harz. Leistungsfähigste Firma. Muster umgehend franko.

Miether's echte Hannover. Ia. Concert-Mundharmonikas (ges. geschützt) m. 96 ff. unzerbrechlich, pat. Silberstimm. 4 Nickeldeck. 4 Messingplatt. etc. wunderbar schön u. leicht spielbar. Jeder kann a. d. Instrum. ohne Notenkennt. die schönsten Tänze, Lieder, Märsche, Choräle etc. spielen. Vers. franco f. M. 2,70 (a. Marken). O. C. F. Miether, 1. Harmonika- u. Instr.-Fabr. in Hannover B.

## Mein Zeichen-Bureau für Bau- und Möbeltischlerei

- liefert:
- I. Entwürfe und Details in Blei (Handarbeit) nach eingehenden Maßen und beliebiger Angabe.
  - II. 1 Sorlagewerk, praktische Entwürfe für die Tischlerei. 30 Tafeln, neu bearbeitet. M 12.
  - III. 1 Sorlagewerk, praktische und einfache Entwürfe für die Möbeltischlerei, in neuer Auflage, 30 Tafeln. M 10.
- Gewinnhafte und durchaus praktische Kalkulations-Ansätze, sowie eine Anleitung, wie Tischlerarbeit überhaupt kalkulirt werden muß, wird jedem Werke beigelegt.
- Erst Rettelbusch, f. B. prakt. Tischler, Zeichner und Werkführer, technisches Bureau für Tischlerarbeiten, Nürnberg, Burgschmiedstraße 19.

## Slomke's Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, 384 Seiten, geb. in Ganzleinen und einer zweifarbigen Einlebung und Begleitung von Deutschland. Preis M 1,60. — Auch vorzügliches Lesebuch für Stadler. — Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder gegen Einsendung von M 1,80, auch in Buchmarken, direkt und franko von G. Slomke's Verlag, Bielefeld.

Ein tüchtiger Holzbildhauer, welcher auch im Zeichnen bewandert ist und mehrere Jahre selbstständig gearbeitet hat, sucht Stellung, wenn möglich in einer Möbelfabrik. Gebl. Offerten an Hugo Ronneberger, Neustadt a. d. Orla.

2-3 tüchtige Korbmachergehilfen auf grün Gemalt finden sofort Arbeit bei E. Viehweg, Korbmachermeister, Magdeburg-Budaun, Schönbederstraße 90.

Korbmachergehilfen. 2 tüchtige Mattarbeiter und 1 auf Geschlagen finden dauernde Stellung. Herm. Kühn, Korbfabrik, Köpchenbroda.

Suche sofort einen zuverlässigen Korbmachergehilfen auf Mattarbeit. Dauernde Beschäftigung. P. John, Korbmachermeister, Magdeburg i. Lauenba.

# Marken und Stempel

liefert seit 17 Jahren für tausende Kassen, Vereine und Verbände aller Länder Jean Holze Hamburg, Große Drehbahn 45. — Verlag sozialistischer Bilder. — Verlangen Sie meinen illust. Preis-Courant.

Buchhandlung des „Vorwärts“ Berlin SW., Deuthstraße 2.

Sieben ist in neuer Auflage erschienen: Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich 406 S. Preis M 1,20. Porto 10 A.

Diese, um 5 1/2 Bogen verstärkte Neuauflage enthält im Anhang sämtliche bis heute erlassenen Ausführungsbestimmungen, u. A. auch die Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit, für jede einzelne Industriebranche in tabellarischer Form übersichtlich gruppiert. Wie für das Gesetz selber ist in dieser Neuauflage auch für den Anfang ein eigenes Sachregister und Inhaltsverzeichnis angefügt und damit der Werth dieses für jeden Arbeiter und Geschäftsmann unentbehrlichen Buches wesentlich erhöht worden. Alle Buchhandlungen, sowie die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“ nehmen Bestellungen entgegen.

## Die Fälschung der Emser Depesche.

Die Emser Depesche oder Wie Kriege gemacht werden. Von W. Liebknecht. 6. vermehrte Auflage (72 S.), Preis 30 A. Eine sehr zeitgemäße Schrift, die angeht der „patriotischen Gedankener“ des „glorreichen Krieges“ von 1870/71 die weiteste Verbreitung verdient.

Motto: Riccaut: Comment, Mademoiselle? Vous appelez cela betrügen? Corriger la fortune, l'enchaîner sous ses doigts être sûr de son fait — Das neu' die Deutsch' betrügen! Betrügen! O, was ist die deutsche Sprach für eine plumpe Sprach! Sessing, in Riana v. Barahelm. (Wie, Fräulein, Sie nennen das betrügen? Das Glüd corrigiren, es lug leuten, seiner Sache sicher sein — das nennen die Deutschen betrügen!)

Der neue Riccaut: Fälschen — plump Sprach — man nennt das: redigiren! Durch alle Buchhandlungen und durch die Expedition d. „Holzarbeiter-Zeitung“ gegen Einsendung von 35 A in Marken zu beziehen.

Wörlein & Comp., Verlag Nürnberg.

Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Kay & Co. in Hamburg.